

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **22. und 23. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2009/2010 vom 29. März 2010

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz:	Y. Beutler (SP)	
Protokoll:	K. Lang	
Entschuldigt	Abendsitzung:	R. Keller (SVP)
	Beide Sitzungen:	F. Helg (FDP), F. Landolt (SP), W. Schurter (CVP)

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft Nr. Nr.

- 1.* Protokolle der 16./17. und 18./19. Sitzungen
- 2.* 09/121 Standortentscheid Projekt Fokus (DKD)
- 3.* 10/009 "Schulleitung+" / Erweiterte Aufgaben der Schulleitungen: Wiederkehren- (DSS) der Kredit von CHF 256'000 ab Schuljahr 2010/11
- 4.* 10/011 Sondernutzungsplanung: Festsetzung des öffentlichen Gestaltungsplans (DB) "Parkplatz Bleuelwies"
- 5.* 10/001 Jährlicher Kredit von CHF 95'000 für die mobile Sozialarbeit in Winterthur (DSO)
- 6.* 09/069 Begründung des Postulats A. Daurù und U. Böni (SP) betreffend lokale (DSO) Beschäftigungsprogramme in der Krisenzeit
- 7.* 09/007 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) betref- (DSO) fend Schuldenberatung und Schuldensanierung
- 8.* 09/067 Beantwortung der Interpellation A. Daurù (SP) betreffend Arbeitsintegra- (DSO) tion von Jugendlichen und jungen Erwachsenen
9. 09/009 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Lärmschutz ent- (DB) lang der A1 in Winterthur

- 10.* 09/034 Beantwortung der Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Bevorzugung des handwerklichen und gewerblichen Verkehrs gemäss Verkehrslitbild des Stadtrats (DB)
- 11.* 09/036 Beantwortung der Interpellation J. Lisibach (SVP) betreffend Gestaltung neuer Teuchelweiherplatz (DB)
12. 09/116 Begründung des Postulats F. Helg (FDP) betreffend Sonnenenergie von städtischen Dächern (DB)
- 13.* 09/066 Beantwortung der Interpellation U. Böni (SP) betreffend A1-Umfahrung Winterthur (DB)
- 14.* 09/127 Begründung des Postulats D. Schraft (Grüne/AL), U. Böni (SP) und M. Zeugin (GLP) betreffend Bodenversiegelung (DB)
- 15.* 09/071 Begründung des Postulats B. Günthard-Maier (FDP) betreffend "Zentrales Frühförderungselement "Deutsch" integrieren - zum Nutzen aller" (DSS)
16. 09/033 Beantwortung der Interpellation J. Romer (SP) betreffend Massnahmen gegen Amokläufe und andere Notfälle an Schulen (DSS)
17. 09/064 Beantwortung der Interpellation Ch. Baumann (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Läderach (EVP/EDU/GLP) und St. Nyffeler (SVP) betreffend Unterstützung des altersdurchmischten Lernen an den Winterthurer Schulen (DSS)
18. 09/099 Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP) betreffend Überprüfung der Strukturen des DSS in Bezug auf Verwaltungsapparat, Personalressourcen und Sparpotenzial im Departement (DSS)

Bürgerrechtsgeschäfte (die Behandlung findet zu Beginn der Abendsitzung statt).

Es liegen voraussichtlich nachfolgende Einbürgerungsgesuche vor:

1. B08/232 Muji Irjad, geb. 1981, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
2. B09/033 Jovanovic Nenad, geb. 1974 und Ehefrau Jovanovic geb. Pavic Verica, geb. 1975, mit Kindern Andjela, geb. 1998 und Jovana, geb. 2001, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
3. B09/092 Colicchio geb. Todisco Maria Gerarda, geb. 1956, italienische Staatsangehörige
4. B09/171 Qehaja Amdija, geb. 1964 und Ehefrau Qehaja geb. Zuli Sejrija, geb. 1961, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
5. B09/183 Bushra Ahmad geb. Bushra Maryam, geb. 1971, mit Kind Ahmad Rahat Lucky, geb. 2005, pakistanische Staatsangehörige
6. B09/184 Osmani Baki, geb. 1956, mazedonischer Staatsangehöriger
7. B09/191 Afra geb. Hamdan Houda, geb. 1975, libanesischer Staatsangehöriger
8. B09/192 Ahmeti Rabit, geb. 1957 und Ehefrau Ahmeti geb. Nevzadi Dzemilje, geb. 1963, mit Kindern Feriha, geb. 1993 und Agon, geb. 1999, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
9. B09/194 Alic Seid, geb. 1995, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
10. B09/195 Ayalp Mehmet Emin, geb. 1978, türkischer Staatsangehöriger

11. B09/196 Centoducato geb. Paredes Monar Nelly del Rocio, geb. 1973, ecuadorianische Staatsangehörige
12. B09/197 Contuzzi Bartolomeo, geb. 1964, italienischer Staatsangehöriger
13. B09/198 Enjergholi geb. Papazian Nadia, geb. 1959, amerikanische Staatsangehörige
14. B09/199 Fazliji Menduri, geb. 1969 und Ehefrau Fazliji geb. Fejzi Nuran, geb. 1967, mazedonische Staatsangehörige
15. B09/200 Ferizaj Bajram, geb. 1997, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
16. B09/201 Mazrekaj Plarimanda, geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
17. B09/202 Mazrekaj Rexhep, geb. 1995, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
18. B09/203 Shabani Blerim, geb. 1963 und Ehefrau Shabani geb. Popova Vjollca, geb. 1967, kosovarische Staatsangehörige
19. B09/204 Sopi Bashkim, geb. 1979, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
20. B09/205 Bouguerra Hichem, geb. 1969 und Ehefrau Bedoui Zohra, geb. 1969, mit Kindern Bouguerra Yameen, geb. 2003, Bouguerra Emena, geb. 2005 und Bouguerra Ahmed, geb. 2007, tunesische Staatsangehörige
21. B09/206 Bröhm Verena, geb. 1969, deutsche Staatsangehörige
22. B09/207 Gashi geb. Zuka Selvija, geb. 1979, kosovarische Staatsangehörige und Ehemann Gashi Burim, geb. 1972, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, mit Kindern Elsa, geb. 1997, Spartina, geb. 1998, Eriona, geb. 2000, Flandra, geb. 2005 und Dijar, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige
23. B09/208 Halili geb. Tahiri Bukurije, geb. 1981, mit Kind Ermond, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
24. B09/209 Partalova geb. Sarafimova Suzana, geb. 1967, mazedonische Staatsangehörige
25. B09/210 Zeller Josef, geb. 1960 und Ehefrau Zeller geb. Dumont Doris Cäcilia, geb. 1962, mit Kind Jonas, geb. 1996, deutsche Staatsangehörige
26. B09/211 Zivkovic Zdenka, geb. 1969, kroatische Staatsangehörige
27. B09/212 Busovsky Marian, geb. 1975, slowakischer Staatsangehöriger
28. B09/214 Grassi geb. Güvenli Asiye Müjkan, geb. 1957, türkische Staatsangehörige
29. B09/215 Haljiti geb. Azemi Esrefe, geb. 1974, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
30. B09/216 Iseni Serif, geb. 1974, mazedonischer Staatsangehöriger
31. B09/217 Panchadcharam Shanmugathan, geb. 1966 und Ehefrau Shanmugathan geb. Selvarajah Sathiyavani, geb. 1974, mit Kind Shanmugathan Sharuka, geb. 2002, srilankische Staatsangehörige

32. B09/218 Sadasivam Rajakumar, geb. 1963 und Ehefrau Rajakumar geb. Sin-nathamby Srivasanthathevy, geb. 1967, mit Kindern Rajakumar Ajeevana, geb. 1999 und Rajakumar Ajithan, geb. 2001, srilankische Staatsangehörige
33. B09/219 Yentar Hebun Lokman, geb. 1996, türkischer Staatsangehöriger
34. B09/220 Akinci Mehmet Güven, geb. 1971, türkischer Staatsangehöriger
35. B09/221 Akkus Hasan, geb. 1954 und Ehefrau Akkus geb. Atesin Gülseren, geb. 1957, türkische Staatsangehörige
36. B09/222 Berisha geb. Zheli Leonora, geb. 1979, mit Kind Rejhane, geb. 1998, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
37. B09/223 de Gouveia Freitas Rui Alberto, geb. 1962 und Ehefrau de Abreu Freitas geb. de Abreu Rosa Maria, geb. 1965, mit Kind de Abreu Freitas Leticia, geb. 1994, portugiesische Staatsangehörige
38. B09/224 Mena geb. Kaleci Luljeta, geb. 1972 und Ehemann Mena Sabri, geb. 1969, mit Kindern Ardelina, geb. 2002 und Erjona, geb. 2003, mazedonische Staatsangehörige
39. B09/225 Pérez Cortes Francisca Eva, geb. 1976, spanische Staatsangehörige
40. B09/239 Uvalic Almedin, geb. 1995, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger

Ratspräsidentin Y. Beutler begrüsst zur 22. und 23. Sitzung im Amtsjahr 2009/2010. Besonders herzlich heisst die Ratspräsidentin die städtischen Auszubildenden und ihre Eltern willkommen.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Y. Beutler hat dem Fotografen des Landboten die Erlaubnis erteilt während der Sitzung zu fotografieren.

Heute muss die Ratspräsidentin U. Böni (SP) verabschieden. Er ist seit dem 1. August 2003 im Rat und war Mitglied der TUVEK, der Hochbaukommission und der Sachkommission Bau und Betriebe. Ratspräsidentin Y. Beutler dankt U. Böni für seine Tätigkeit im Rat und für seine manchmal etwas aussergewöhnlichen Auftritte und Reden. Er hat den Rat damit bereichert. Die Ratspräsidentin wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Der Rat verabschiedet U. Böni mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet U. Fischer (EVP). Er ist seit dem 1. Februar 2007 im Rat und war Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe. Die Ratspräsidentin wünscht ihm und seiner jungen Familie alles Gute für die Zukunft.

Der Rat verabschiedet U. Fischer mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet M. Läderach (SVP). Er gehört seit dem 18. Mai 2009 dem Rat an. Er war in diesem Jahr im Rat sehr präsent, seine guten Auftritte werden in Erinnerung bleiben. Die Ratspräsidentin bedauert sehr, dass er nicht auf dem aufbauen kann, was er sich in den letzten Monaten angeeignet hat. Die Ratspräsidentin wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Der Rat verabschiedet M. Läderach mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Der Stadtrat zieht das Geschäft 2009/42 betreffend der Änderung der Bau- und Zonenordnung und Festsetzung öffentlicher Gestaltungsplan Areal Lagerplatz zurück.

Stadtrat W. Bossert: Der Stadtrat hat von seinem Recht Gebrauch gemacht das Geschäft zurückzuziehen, weil sich die Voraussetzungen für den Gestaltungsplan so stark geändert haben, dass es zweckmässig ist, diesen neu aufzulegen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Der Stadtrat zieht das Geschäft 2009/106 betreffend wiederkehrender Kredit von 70'000 Franken für die Erteilung von Aufgabenstunden auf der Sekundarstufe der Stadt Winterthur ebenfalls zurück.

Stadträtin P. Pedergnana gibt zuhanden des Protokolls bekannt, dass die Zentralschulpflege das Geschäft zurückzieht. Aufgrund der Beratung in der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) wird noch genauer abgeklärt, ob die Aufgabenhilfe auch anders organisiert werden könnte.

Fraktionserklärung

U. Bründler (CVP): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sich im Fraktionspräsidium eine Änderung abzeichnet. U. Bründler wird das Amt der Fraktionspräsidentin am 3. Mai 2010 abgeben. Am 4. Mai 2010 übernimmt R. Harlacher das Präsidium der CVP-Fraktion.

Ratspräsidentin Y. Beutler gratuliert R. Harlacher zum neuen Amt.

Dringliche Interpellation betreffend Schulhaus Wyden, Rekurs gegen den Standort der Holzschneitzelheizung (GGR-Nr. 2010/024)

J. Lisibach (SVP): Gegen den Standort der Holzschneitzelheizung beim Schulhaus Wyden in Wülflingen ist rekurriert worden. Offenbar sind die Rekurrenten bereit und willens den Rekurs bis ans Bundesgericht weiterzuziehen. Sollte es tatsächlich so weit kommen, wäre die geplante Eröffnung des Schulhauses Wyden im August 2011 möglicherweise gefährdet. J. Lisibach bittet die Ratsmitglieder, die Dringlichkeit zu unterstützen. Wenn die Interpellation den ordentlichen Weg geht, wird es bis zu 6 Monate dauern, bis eine Antwort vorliegt.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Für die Dringlicherklärung muss die Mehrheit der Anwesenden zustimmen. Es sind 55 Ratsmitglieder anwesend. Die Ratspräsidentin lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit offensichtlichem Mehr zu.

Stadtrat M. Gfeller nimmt nicht direkt Bezug auf das laufende Verfahren der Baurekurskommission, weil er das Verfahren nicht beeinflussen will. Dem Stadtrat ist der Rekurs bekannt. Das Baugesuch für eine Holzschneitzelheizung hat Stadtwerk Winterthur eingereicht. Auch die Drohung, den Rekurs bis ans Bundesgericht weiterzuziehen, ist bekannt. Stadtrat M. Gfeller hat mit mehreren Grundeigentümern gesprochen. Die Stadt hat angeboten, die Holzschneitzelheizung in eine Gesamtüberbauung zu integrieren. Stadtrat M. Gfeller ist enttäuscht, dass dieses Angebot ausgeschlagen und stattdessen ein Rekurs eingereicht wurde. Der Stadtrat nimmt das aber zur Kenntnis und überlegt sich mögliche Lösungen. Es zeigt sich, dass nicht nur Verbände Rekurse einreichen, sondern häufig auch die Nachbarn. Der

Stadtrat wird die Gespräche aber weiterführen. Wenn eine Alternative gesucht werden muss, ist es möglich, dass eine Heizung ausschliesslich für das Schulhaus gebaut wird. Eine reine Gasheizung für das Schulhaus würde einen zusätzlichen Aufwand mit sich bringen, weil das Projekt geändert werden müsste. Vom Platz her wäre das aber problemlos realisierbar. Das ist aber nicht die Idee des Stadtrates. Aus diesem Grund wird er auf den Rekurs eintreten. Als erstes muss abgewartet werden, wie lange das Verfahren dauert. Erst dann kann der Stadtrat eine Entscheidung fällen. Stadtrat M. Gfeller hat den Grundeigentümern erklärt, dass die Holzschnitzelheizung in einer Wohnzone mit Gewerbeerleichterung gebaut werden soll. In dieser Zone muss ein gewisses Mass an Lärm toleriert werden. Mehr will Stadtrat M. Gfeller zu den Prozesschancen nicht sagen.

Was seltsam berührt, ist, dass die Leute gegen die eigene Heizung rekurrieren. Damit müssen die Grundeigentümer selber eine Lösung für die Heizungen finden. Stadtrat M. Gfeller ist überzeugt, dass man auch in Wülflingen erkennt, dass das nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Eine Heizung gehört grundsätzlich in ein Wohngebiet. Wenn es sich um ein grösseres Gebiet wie eine Arealüberbauung handelt, ist eine gemeinsame Heizung eine klassische Win-win-Situation. Der Stadtrat wird mit den Grundeigentümern im Gespräch bleiben. Ein Verschieben der Holzschnitzelheizung ins Industriegebiet kommt nicht in Frage. Der Stadtrat hat auch diese Möglichkeit abgeklärt. Der Wärmeverlust wäre durch die Länge der Leitungen viel zu gross und die Unterquerung der Bahngleise, die für die Umsetzung dieses Vorschlags nötig wäre, würde zu hohe Kosten verursachen. Aus diesen Gründen kann der Bau der Heizzentrale in der Industriezone keine Alternative sein.

J. Altwegg (Grüne/AL): Für die Grüne/AL-Fraktion ist es ein Rätsel, warum die Grundeigentümer gegen eine Holzschnitzelheizung sind. Gas kann keine Option sein. Es kann nicht sein, dass man fossile Brennstoffe braucht, um ein Schulhaus zu heizen. Die Grüne/AL-Fraktion wünscht, dass das Schulhaus Minergie-P-Standard erreicht. Diese Bestrebungen werden jetzt torpediert. Im Weiteren verweist J. Altwegg auf die guten Erfahrungen im Sennhof. Holzschnitzelheizungen sind eine günstige Möglichkeit ökologisch zu heizen. Auch die Erfahrungen mit der Fernwärme der KVA sind durchwegs positiv.

J. Lisibach (SVP): Weder die SVP-Fraktion noch die Rekurrenten sind gegen Holzschnitzelheizungen. Es geht ausschliesslich um den Standort.

D. Hauser (SP): Die Lehre, die aus diesem Rekurs gezogen werden soll, ist die genaue Prüfung des Energieplans. Mit einer Überarbeitung des Energieplans können sicher Gebiete für Holzschnitzelheizungen ausgeschieden und allenfalls das Gasgebiet zugunsten von Holzschnitzelheizungen beschränkt werden.

Stadtrat M. Gfeller präzisiert: Es handelt sich bei der geplanten Heizung beim Schulhaus Wyden nicht um eine reine Holzschnitzelheizung, sondern um eine kombinierte Gas- Holzschnitzelheizung. Dadurch wird das Quartier sogar entlastet. Nur in den Hauptzeiten im Winter müssen Holzschnitzel angeliefert werden. In den Übergangszeiten kann mit Gas geheizt werden. Es handelt sich um eine intelligente Kombination. Aufgrund dieser Kombination ist es nicht so wichtig, ob es sich um ein Gas- oder Holzgebiet handelt.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Mit diesem Votum ist die Interpellation erledigt und abgeschlossen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: In Folge Erkrankung von F. Helg (FDP) schlägt die Ratspräsidentin vor, die Traktanden 9 und 12 von der Traktandenliste zu streichen. Es werden keine Einwände gemacht. Traktandum 3 wird behandelt, weil ein Reservereferent bereitsteht.

1. Traktandum

Protokolle der 16./17. und 18./19. Sitzungen

Ratspräsidentin Y. Beutler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Intranet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen und werden verdankt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2009/121: Standortentscheid Projekt Fokus

Ratspräsidentin Y. Beutler schlägt folgendes Vorgehen vor: Diejenigen, die Fokus an einem anderen Standort verwirklichen wollen, könnten eine Rückweisung des Geschäfts beantragen. Diejenigen, die Fokus ablehnen, könnten eine Ablehnung des Geschäfts beantragen.

S. Stierli (SP): Am 24. September 2007 hat der Gemeinderat die Vorlage des Stadtrates für die Konzentration der Stadtverwaltung auf dem Archareal beraten. Der Gemeinderat hat dem Rückweisungsantrag der Aufsichtskommission (AK) mit 32 zu 19 Stimmen zugestimmt. Damit verbunden wurde der Stadtrat beauftragt, die Varianten Superblock und Wintower vorzulegen und das Modell einer Teilzentralisierung zu prüfen. Wobei die publikumsintensiven Arbeitsstellen in einem Perimeter von 10 Fussgängerminuten um den Hauptbahnhof angesiedelt werden sollten. Am 23. Februar 2009 hat der Gemeinderat die Zweitvorlage beraten. Er hat vom Planungsstand Kenntnis genommen und dem Stadtrat den Auftrag erteilt, Offerten für die Standorte Superblock und Grüzefeld einzuholen. Zudem hat er den Stadtrat eingeladen auf der Grundlage der eingeholten Offerten einen Standortentscheid vorzubereiten und diesen dem Gemeinderat mit einer neuen Weisung vorzulegen. Diese Weisung wird heute beraten. Der Gemeinderat muss also nicht über die Vor- und Nachteile der Zentralisierung diskutieren. Diese Debatte wurde am 24. September 2007 geführt. Fokus ist aus dem Projekt win03 entstanden und wurde mit HS07 konkretisiert. Es wurde auch dargelegt, warum die Stadt keinen Neubau für die Zentralisierung der Stadtverwaltung erstellen kann. Auch die Nutzwertanalyse wurde erörtert. Nachdem der Gemeinderat die Vorlage betreffend Zentralisierung der Stadtverwaltung nicht abgelehnt, sondern zurückgewiesen und mit einem Auftrag verbunden hat, hat der Gemeinderat entschieden, dass er grundsätzlich eine Zentralisierung der Stadtverwaltung will.

Der Stadtrat hat den Auftrag des Gemeinderates erfüllt. Er hat verbindliche Offerten für die Standorte Grüzefeld und Superblock eingeholt und legt hiermit den Standortentscheid vor.

Standort Superblock: Der Superblock befindet sich auf dem Sulzerareal Stadtmitte. Anbieterin ist die AXA Investment Managers Schweiz AG. Die Stadtverwaltung soll sich in einem Teil des Gebäudes ansiedeln. Der andere Teil des Gebäudes wird von der AXA Winterthur belegt.

Standort Grüzefeld: Das Bauland für das Projekt Grüzefeld befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen Druckerei Winterthur. Anbieterin ist die GI Grüzefeld AG. Beide Varianten wurden geprüft, mit Schaltern im Gebäude und ohne Schalter. Der Stadtrat hat sich für den Standort Superblock ausgesprochen.

Vorteile: Das Sulzerareal ist zentral gelegen. Die Bevölkerung der Stadt Winterthur, aber auch alle anderen Personen, die die Verwaltung aufsuchen müssen, erhalten mit dem Superblock eine zentrale Anlaufstelle und die städtischen Angestellten erhalten ein modernes und zentrales Verwaltungsgebäude. Auch für sie ist es wichtig, dass ihr Arbeitsplatz zentral gelegen ist. Entscheidend ist auch die Nähe zur Altstadt und zum Hauptbahnhof. Das Vorhaben Superblock löst ein Investitionsvolumen von 200 Millionen aus. Das ist doppelt so viel wie in der Grüze. Das Projekt Superblock gibt der Baubranche einen kräftigen Impuls. Das ist heute besonderes nötig. Zudem wird damit die Entwicklung des Sulzerareals Stadtmitte entscheidend gefördert. Beteiligt sich die Stadt nicht, ist zu befürchten, dass dieselben Probleme entstehen wie auf dem Archareal. Eine unvollende-

te Industriebranche mit teilweise denkmalgeschützten Fassaden wäre kein Aushängeschild für die Stadt. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Meinung der städtischen Angestellten. 81,6 % der Mitarbeitenden, die sich an der Umfrage beteiligt haben, sprachen sich für den Superblock aus. Es ist davon auszugehen, dass das Personal einen Umzug in die Grüze ablehnen würde. Als Arbeitgeber soll der Stadtrat das nicht unberücksichtigt lassen.

Die AK hat das Geschäft während drei Lesungen beraten. Anlässlich der ersten Lesung erhielten die Kommissionsmitglieder Kenntnis davon, dass Rodrigo und Abegg Immobilien AG für den Standort Grüze nach dem Erlass der Weisung durch den Stadtrat, eine Mietzinsreduktion von 10 % in Aussicht gestellt hat. Für die AK ist klar, dass der Standortentscheid nur mit voller Klarheit in Bezug auf die Kosten gefällt werden kann. Die Beratung in der Kommission wurde ausgesetzt und der Stadtrat hat sich mit den beiden Anbietern erneut in Verbindung gesetzt. Das Vorgehen der Verantwortlichen des Projekts Grüzefeld ist befremdend. Der Stadtrat hatte von beiden Anbietern verbindliche Offerten verlangt, dass danach ein Unternehmen den Mietzins nach unten korrigiert, wirft Fragen auf. Die Stadt ist auf die Verlässlichkeit ihrer Geschäftspartner angewiesen. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die AXA Winterthur hinter dem Projekt Superblock steht und mit dem Bau ein Zeichen für den Standort Winterthur setzt. Beim Projekt Grüzefeld ist nicht ganz klar, woher die Gelder kommen. Gemäss der aktualisierten Nutzwertanalyse erzielt der Superblock 332, 2 Punkte, das Grüzefeld mit Schalter 334,6 und ohne Schalter 248,5 Punkte. Beim Superblock ist mit einem Einsparpotential von 2,9 bis 3,6 Millionen pro Jahr zu rechnen, beim Grüzefeld inklusiv Schalter sind es 3,7 bis 4,4 Millionen und ohne Schalter 2,2 bis 2,7 Millionen pro Jahr. Wenn man ausschliesslich die Zahlen beachtet, schneidet das Grüzefeld besser ab. Der Unterschied ist aber minimal – nämlich 2,4 Punkte. Berücksichtigt man die weiteren Faktoren, ist dem Stadtrat zuzustimmen, dass der Standort Superblock insgesamt besser ist. Der Superblock wird die Stadtverwaltung nach Vorne bringen. Das Vorhaben löst einen Investitionsschub aus. Das Projekt ist wichtig für die Stadtentwicklung und es ist gut die AXA als Partnerin zu haben. Schliesslich lässt sich damit recht viel Geld sparen. Auch das Thema der frei werdenden Liegenschaften ist im Rahmen des Projekts Archareal diskutiert worden. Seither hat sich nicht viel verändert. Der Stadtrat wird nach einem Ja zum Superblock mit der Umsetzungsvorlage eine Strategie vorlegen müssen, wie gesamthaft mit den frei werdenden Liegenschaften zu verfahren ist. Die Aufsichtskommission hat sich mit 6 zu 3 Stimmen hinter den Antrag des Stadtrates gestellt und befürwortet den Standort Superblock.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates. Das Projekt Fokus löst in der Fraktion aber keine Begeisterungstürme aus. Es wurde darüber diskutiert, wer von einer Zentralisierung am meisten profitiert. Andererseits ist Fokus ein Ergebnis des Sparprogramms HS07. Wenn nicht alles schief geht, kann damit Geld gespart werden. Der Gemeinderat streitet in den Budgetdebatten jeweils über Beträge von einigen zehntausend Franken, deshalb darf er sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen. Zudem muss man auch das Investitionsvolumen, das damit ausgelöst wird, beachten. Die ganz grosse Begeisterung löst das Projekt aber nicht aus. Wenn die Grüne/AL-Fraktion Ja sagt zu Fokus, dann will sie auch den besten Standort. Das ist eindeutig der Superblock. Die Fraktionsmitglieder sind sehr froh, dass bei der Situationsanalyse nicht nur Geld eine Rolle gespielt hat, sondern auch andere Faktoren. Es sind genau diese vom Stadtrat angeführten Qualitäten, die den Superblock auszeichnen. Die Argumente des Stadtrates kann die Grüne/AL-Fraktion gut nachvollziehen. Der Superblock wird aber kein Minergie-Label erhalten. Das hat in der Fraktion zu Diskussionen Anlass gegeben. Insgesamt dürfte der ökologische Nutzen des Superblocks gegenüber demjenigen des Projekts im Grüzefeld mindestens ebenbürtig sein. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist er sogar noch höher. Auch die städtebauliche Bedeutung des Superblocks ist nicht zu schlagen. In der Fraktion sind zwar nicht alle vom Projekt begeistert, wenn Fokus aber umgesetzt werden soll, dann bitte am besten Ort und das ist der Superblock.

U. Bründler (CVP): Das Wichtigste zuerst. Die CVP-Fraktion spricht sich einstimmig für den Standort Superblock aus. Die Fraktion hat sich den Entscheid nicht leicht gemacht. An erster Stelle stand immer das Einsparpotential in Millionenhöhe, welches im Sparprogramm HS07 verankert ist, Geld, das die Stadtkasse gut gebrauchen kann. Doch ist dabei die Standortwahl der Zentralisierung ein ganz wichtiger Punkt. Eine Teilzentralisierung, obwohl der CVP diese Idee zu Anfang sympathisch war, kommt nicht mehr in Frage. Warum hat sich die CVP-Fraktion für den Superblock entschieden? Weil der Superblock zentrumsnaher ist, als das Grüzefeld, weil die Anbindung an den ÖV besser ist, weil der Standort Superblock attraktiver ist, als das Grüzefeld, welches sich immer mehr zu einem Industrie- und Einkaufsquartier entwickelt, weil die Nutzwertanalyse nur einen kleinen Vorsprung, für die CVP einen zu kleinen Vorsprung, zugunsten des Grüzefelds ergeben hat, weil mit dem Zusammenschluss mit der AXA Winterthur Versicherung für lange Zeit gewährleistet wird, dass der grösste Arbeitgeber der Stadt in Winterthur bleibt und nicht abwandert. Das ist für die Stadt von enorm grosser Wichtigkeit, weil Synergien mit der AXA genutzt werden können, weil das Quartier von Sulzer Stadtmitte mit dem Superblock aufgewertet wird, weil nach einer Umfrage die Arbeitnehmenden der Stadt lieber in den Superblock umziehen, als ins Grüzefeld. Alles Argumente, die für die Fraktion ausschlaggebend waren, sich für den Superblock zu entscheiden.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion sagt Ja zu Fokus und Ja zum Superblock, Ja zu kürzeren Wegen für die Bevölkerung und die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, Ja zur Zusammenlegung und zum Sparen, das niemandem weh tut. Die erwarteten Einsparungen betragen 2,9 bis 3,6 Millionen. Die FDP ist überzeugt, dass dieser Betrag an der unteren Grenze liegt, weil das Effizienzpotential auf lediglich 300'000 bis 600'000 Franken berechnet wurde. Die FDP geht davon aus, dass der Stadtrat die Weichen richtig stellt und bereits im Budget auf einen weiteren Stellenausbau verzichten wird. Die FDP sagt Ja zur Superblockvariante, die positive Kräfte freisetzen wird. Über 80 % der Mitarbeitenden bevorzugen die Variante Superblock. Das sind gute Voraussetzungen. Der Kontakt zu den Mitarbeitenden der AXA Winterthur und damit zur Privatwirtschaft, wird allen gut tun. Das Projekt passt als Anschlusslösung zur Neugestaltung des Bahnhofs und zur Entwicklung des Sulzerareals. Die FDP hat keine Angst vor den Veränderungen, die Fokus und Superblock mit sich bringen werden und sieht die Änderungen als Chance.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion ist nach wie vor gegen eine Zentralisierung der Stadtverwaltung. Über eine eventuelle Standortbestimmung will sich die Fraktion zurzeit nicht auslassen. Die Ablehnung der Zentralisierung ist kein Misstrauensvotum gegen die Projektleitung. Wo liegt der Hase begraben? Von den anfänglich gross verkündeten Einsparungen ist im Laufe der Zeit zuerst von 6 bis 8 Millionen, dann von 5 bis 6 Millionen, dann von 4 bis 3 Millionen gesprochen worden. Jetzt sind es noch 2 bis 3 Millionen. Damit ist nicht mehr viel vom Sparpotential übriggeblieben. Somit gestaltet sich Fokus immer mehr zu einem Prestigeprojekt. Der Rat hat das Archareal als Standort für Fokus abgelehnt, weil die Lage für ein Verwaltungsgebäude zu lukrativ ist. Heute soll 250 Meter weiter Richtung Töss, auf der gleichen Baulinie, noch immer an bester Verkehrslage, gebaut werden. Das findet der Gemeinderat offenbar nicht mehr so schlimm und befürwortet den Superblock.

Elementar ist, dass es der Stadtrat unterlassen hat, im Zusammenhang mit der Zentralisierung, auf die notwendige Strukturbereinigung innerhalb der Stadtverwaltung einzugehen. Es ist betriebswirtschaftlich falsch, wenn lediglich die Standorte zentralisiert werden, während Strukturbereinigungen, Schnittstellenprobleme und Doppelspurigkeiten ausgeblendet werden. Jedes Unternehmen beginnt vor einer Zentralisierung mit einer strukturellen Anpassung. Wenn man von der AXA Winterthur hört, dass sie bis zu 5 % des Personals durch eine Zentralisierung einsparen kann, ist die Aussage, dass die Stadtverwaltung eventuell eine Reinigungsfrau und/oder ein bis zwei interne Postweibelinnen oder Weibel einsparen kann, ein Scherz. Grosse Sorgen bereiten der SVP die leer werdenden 25 Liegenschaften, wenn die Stadtverwaltung umzieht. Zumal der Stadtrat den Beweis nicht erbracht hat, dass leer werdende Gebäude im Besitz der Stadt innert nützlicher Frist umgenutzt oder veräussert werden können. Wenn eine Vollkostenrechnung erstellt würde über die Kosten von leerste-

henden Gebäuden, kommt man zum Schluss, dass die Stadtverwaltung nach der Zentralisierung nicht weniger Kosten verursachen wird.

Heute müssen die Prioritäten ganz anders gesetzt werden. Wenn der Stadtrat verlauten lässt, dass für das Budget 2011, eine Finanzlücke von über 50 Millionen droht, muss der Gemeinderat Monumentalbauten, die der Selbstbeweihräucherung dienen, kategorisch ablehnen. Wichtige Investitionen stehen an – das Alterszentrum Adlergarten, der Masterplan Bahnhof, Hegi braucht ein neues Schulhaus, ein neues Polizeigebäude ist ebenfalls notwendig. In einer Zeit, wo sich der Finanzausgleich in einer schwierigen Phase befindet und der Kanton in den kommenden beiden Jahren 671 beziehungsweise 762 Millionen einsparen muss, gibt es sehr viele Probleme zu bewältigen. Die Stadt kann nicht einfach nach mehr Finanzausgleich schreien. Wenn die Stadtregierung zudem neue Liegenschaften dazukaufft, macht das auf die Gebergemeinden einen schlechten Eindruck. Es ist nicht sinnvoll, eigene Verwaltungsgebäude zu veräussern, damit links und rechts davon neue Gebäude gekauft werden können. Vor nicht allzu langer Zeit wurden zudem an den bisherigen Verwaltungsstandorten hohe Investitionen in die Verwaltungsgebäude getätigt – Beispiele sind das Einwohneramt, die Betreibungsämter, das Steueramt etc. Das Volk hat diesen Projekten zugestimmt. Die hohen Umbaukosten sind noch nicht amortisiert. Diese Kosten wären im Fall einer Zentralisierung in den Sand gesetzt und der Volkswille würde missachtet. Zudem ist noch nicht geklärt, wie hoch die Rückbaukosten für die erwähnten Umbauten sein werden. Es ist blauäugig zu glauben, dass sich AXA Winterthur verpflichtet, immer in Winterthur zu bleiben, wenn die Stadtverwaltung in den Superblock einzieht. Die Aufgaben des Staates bestehen darin, der Bevölkerung die absolut notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und nicht sich selber mit Monumentalbauten zu beweihräuchern. Aus diesen Gründen bittet die SVP-Fraktion die Ratsmitglieder, den Standortentscheid abzulehnen. R. Isler dankt allen Ratsmitgliedern, die Prioritäten setzen. Der grosse Teil der Bevölkerung und das Gewerbe werden ihnen dafür danken.

Ratspräsidentin Y. Beutler möchte wissen, ob R. Isler den Abbruch von Fokus beantragt oder ob Fokus an einem anderen Ort realisiert werden soll.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag Fokus abzulehnen.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) wird für die Grünliberalen sprechen. Fokus ist ein wichtiges Geschäft, das den Gemeinderat seit langem begleitet. Heute wird der Gemeinderat über den Standort entscheiden. Der Stadtrat hat eine transparente Nutzwertanalyse vorgelegt. Die Gewichtung der einzelnen Faktoren ist auch politisch begründet. Entsprechend ist auch die Stellungnahme der Grünliberalen ausgefallen. Grundsätzlich wurden zwei ähnlich gute Projekte vorgestellt. Das hat zu einem knappen Resultat geführt. Die Grünliberalen werden sich aus folgenden Gründen für den Standort Superblock entscheiden: 1. Die Kosten sind wichtig aber sie sind nicht das einzige Kriterium, vor allem wenn es um einen langfristigen Entscheid für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger geht. Der Superblock hat den Vorteil, dass die Kundinnen und Kunden eine zentrale Anlaufstelle erhalten, die auch ohne Auto erreicht werden kann. Auch in Bezug auf die Ökologie bietet der Superblock Vorteile. Der Superblock erhält zwar das Minergie-Label nicht. Aber die Gebäudehülle erfüllt den Standard. Eine Energiebetrachtung, die zum Beispiel auch Verkehrsfragen mit einbezieht, zeigt, dass der Superblock wesentlich besser abschneidet.

Trotz des Lobes gibt es einige Kritikpunkte. Der Ertrag aus den frei werdenden Liegenschaften ist ein wesentlicher Teil der Einsparungen. Die Berechnungen beruhen sowohl für das Grüzefeld wie auch beim Superblock auf den gleichen Daten. Aber aufgrund der veränderten Marktlage hat M. Zeugin verlangt, dass die Zahlen überprüft werden. Leider ist das nicht erfolgt. Diese Daten sind für einen Entscheid grundlegend wichtig. Ebenso zwingend ist ein Controlling, das sicherstellt, dass der Ertrag aus den frei werdenden Liegenschaften tatsächlich realisiert wird. Der Effizienzgewinn ist eher bescheiden. Mit 300'000 bis 600'000 Franken beträgt er rund ein halbes Lohnprozent aller Mitarbeitenden, die einen neuen Arbeitsplatz erhalten. Hier muss mehr gespart werden. Wenn man Fokus mit privaten Zentralisierungsprojekten vergleicht, wird klar, dass mehr machbar ist. Die Grünliberalen fordern den Stadtrat auf, in dieser Beziehung über die Bücher zu gehen. Heute geht es aber um den Standort und

nicht um Fokus. Die Grünliberalen befürworten den Superblock. Der Entscheid für Fokus ist noch offen und hängt von der Erhöhung des Effizienzgewinns durch die Zentralisierung von 2 bis 3 % der Lohnsumme ab. Zudem muss der Ertrag aus den frei werdenden Liegenschaften realisiert werden. Fokus soll weiterhin ein Sparprogramm bleiben.

S. Stierli (SP): Die SP-Fraktion befürwortet den Standort Superblock. Es ist wichtig mit der Stadtverwaltung in die Zukunft zu blicken und visionäre Ideen umzusetzen. Die städtischen Angestellten sollen moderne und zentrale Arbeitsplätze erhalten, die Stadtverwaltung muss im Zentrum liegen, mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sein und das Sulzerareal Stadtmitte soll weiter entwickelt werden. Es ist auch wichtig, dass mit dem Superblock ein namhafter Betrag eingespart werden kann. Es ist erstaunlich, dass die SVP nicht sparen will. 2 bis 3 Millionen sind scheinbar nichts. Der Superblock ist kein Prestigebau. Auch der Hinweis der SVP auf mangelnde Synergien stimmt nicht.

R. Isler (SVP): Die 2 bis 3 Millionen Einsparpotential sind Bruttoersparnisse. Niemand weiss was die Umbauten beziehungsweise Rückbauten der Infrastruktur kosten werden. Zudem ist nicht bekannt, was mit den leerstehenden Liegenschaften geschehen soll. Die Stadt hat sich bisher nicht damit hervorgetan, dass sie leerstehende Liegenschaften rasch neu genutzt hat. Wenn man all diese Kosten mit einrechnet, bleibt nur noch wenig Sparpotential übrig. Wenn man über Zentrumsnähe redet, müsste man ins Grüzefeld ziehen, weil das Gebiet ziemlich genau in der Mitte der Stadt liegt. Man darf die Leute aus den Aussenquartieren nicht vergessen.

H. Iseli (EVP/EDU/GLP) stellt im Namen der EDU und einiger Fraktionskollegen einen Rückweisungsantrag. Das Pferd wird am falschen Ende aufgezümt. Der Gemeinderat diskutiert über den Standort, dabei hat er noch nicht einmal Fokus bewilligt. Wenn jetzt der Standortentscheid für den Superblock gefällt und Fokus später abgelehnt wird, sind die 240 Millionen Investitionen in den Sand gesetzt, weil die Stadtverwaltung nicht in den Superblock einziehen wird. Mit welcher Begründung kann Fokus noch abgelehnt werden, wenn der Gemeinderat jetzt der AXA signalisiert, dass gebaut werden kann. Niemand weiss wie Fokus aussieht. H. Iseli kommt sich deshalb verarscht vor. Man spricht über den Standort, aber wer genau in den Superblock einziehen soll, ist noch nicht definiert. Man beeinflusst die Leute, schreibt Zeitungsartikel und wirbt für diesen Standort. Die Ratsmitglieder werden fast genötigt dem Superblock zuzustimmen. Die sogenannte Sparübung, die man vorgehabt hat, wird gar nicht umgesetzt. Die Ratsmitglieder diskutieren nur über Gebäudekomplexe. Was aber in das Gebäude kommt, weiss niemand. Das ist keine Sparübung mehr, sondern die Umsetzung einer wirtschaftsfreundlichen Aktion. Die Stadt kommt der AXA entgegen, damit man auf dem Sulzerareal die städtebauliche Entwicklung vorantreiben kann. Das kann es nicht sein. Der Gemeinderat hat nicht die Aufgabe, einfach die Wirtschaft zu unterstützen. Diese Weisung ist zum Teil eine Beleidigung. Es wird nicht mit offenen Karten gespielt. Es wird mit aller Kraft ein Projekt gepuscht. Wenn es eine reine Sparübung wäre, müsste das Grüzefeld bevorzugt werden. Es ist eine Abwertung der Leute, die im Grüzefeld arbeiten, wenn behauptet wird, dass dieser Standort für Arbeitnehmende nicht attraktiv sei. Im Grüzefeld gibt es Naherholungsgebiete und Einkaufsmöglichkeiten. H. Iseli bittet die Ratsmitglieder, das Geschäft zurückzuweisen. Zuerst muss Fokus diskutiert werden. Dann muss das Volk entscheiden können, ob Fokus umgesetzt werden soll und an welchem Standort.

Ratspräsidentin Y. Beutler möchte wissen, ob H. Iseli den Rückweisungsantrag mit einem konkreten Auftrag verbindet. Es wurde ein Ordnungsantrag gestellt. Gemäss Geschäftsordnung wird die Diskussion ausgesetzt bis die Beratung über die Rückweisung beendet ist. Die Ratspräsidentin weist H. Iseli darauf hin, dass der Standortentscheid in die Kompetenz des Stadtrates fällt und gemäss Gemeindeordnung der Abstimmung durch die Gemeinde entzogen ist.

H. Iseli (EVP/EDU/GLP) stellt folgenden Antrag: 1. Fokus ist zu konkretisieren und auszuarbeiten. 2. Beide Standorte – Grüzefeld und Superblock Sulzerareal Stadtmitte – sollen mit Fokus dem Volk vorgelegt werden.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP) vertritt den Standpunkt der EVP. Wie bereits erwähnt, wird heute nicht über Fokus diskutiert, sondern über den Standort. Die EVP findet das Vorgehen suboptimal. Es wäre besser gewesen, wenn klar formuliert worden wäre, welche Departemente zentralisiert werden sollen. Damit wäre auch klar, welche Liegenschaften frei werden. Angesichts der angespannten Finanzlage würde damit auch das Sparpotenzial klarer. Die EVP kann nicht an ein Potential von 2,4 bis 3,6 Millionen glauben. Aus Sicht der EVP sollten das Einwohneramt und das Steueramt in der Altstadt bleiben und im Obertor sollen weiterhin städtischen Angestellten arbeiten. Daher ist das Vorgehen sehr unglücklich. Die EVP wird den Rückweisungsantrag unterstützen. Das würde dem Stadtrat Zeit geben, die offenen Punkte transparent zu klären und der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Sollte der Rückweisungsantrag nicht zustande kommen, wird die EVP in den sauren Apfel beißen und Hand bieten, damit der Superblock nicht blockiert wird, weil das Projekt Fokus damit verbunden ist. Die EVP wird den Standort Superblock grossmehrheitlich unterstützen. Es besteht aber die Gefahr, dass alles verloren ist, sollte sich das Volk gegen den Standort Superblock entscheiden. N. Gugger dankt für die Unterstützung des Rückweisungsantrags.

D. Hauser (SP): Es ist eine grosse Genugtuung, dass der Rat noch in dieser Legislatur das Geschäft beraten kann. Das ist möglich, weil der Stadtrat schnell gearbeitet hat. Auch der Gemeinderat und die AK haben das Geschäft beförderlich behandelt. Zwei Entscheidungen sind im Gemeinderat in Bezug auf Fokus bereits gefallen. Der Stadtrat hatte den Auftrag weiter an diesem Projekt zu arbeiten. Jetzt kann der Gemeinderat über den Standort entscheiden. Selbstverständlich heisst das, dass sich der Gemeinderat für Fokus ausspricht und diesen Weg weiter gehen will. Es ist ein sehr wichtiges Geschäft für die Stadt, weil Einsparungen möglich sind, weil die Stadtverwaltung besser organisiert werden kann und weil der Standort publikumsfreundlich ist. D. Hauser kann die Verschleppungstaktik nicht verstehen. Der Entscheid, dass Fokus umgesetzt wird, hängt auch vom Standort ab. Die ablehnende Haltung der SVP ist verständlich. Wer soll das Projekt sonst ablehnen, wenn nicht die Opposition. Das Archareal wäre der beste Standort gewesen. Der Stadtrat hat jetzt den Mut, erneut einen guten Standort vorzuschlagen und zwar im Auftrag des Gemeinderates. Die Zentralität ist gegeben. Es handelt sich um einen Kristallisationspunkt für die Entwicklung des Areals und die Zusammenarbeit mit der AXA ist fruchtbar. Demgegenüber liegt das Grüzefeld in einem städtebaulichen Niemandsland. D. Hauser lädt die Ratsmitglieder ein, zu Fokus und zum Superblock Ja zu sagen. Es ist ein Standort für Winterthur, für die Bevölkerung und für eine gedeihliche Entwicklung der Stadt Winterthur und der städtischen Finanzen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen. D. Berger betont aber, dass ein Ja nicht bedeutet, dass die Fraktion auch dem Schlussresultat zustimmen wird. Zuerst müssen konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen. Erst dann kann die Fraktion Ja oder Nein sagen. Es geht nicht um die Frage, ob das Pferd von vorn oder von hinten aufgezäumt wird. Heute muss über den Standort entschieden werden. Wenn das Projekt letztendlich nicht gutgeheissen werden kann, muss man das Pferd abtun und Fokus wäre dann gestorben. D. Berger hat keine Lust das Geschäft zurückzuweisen und auf einen neuen Vorschlag zu warten. Er will nicht in 20 Jahren noch über Fokus diskutieren.

S. Stierli (SP) findet es beschämend, dass H. Iseli Kraftausdrücke benutzt, die eines Parlaments nicht würdig sind. Offenbar hat er die Weisung nicht richtig gelesen. Darin steht: „Gemäss Gemeindeordnung liegt die Wahl eines Verwaltungsstandortes in der Kompetenz des Stadtrates.“ Der Stadtrat hat aber jeden Schritt in Absprache mit der Aufsichtskommission und letztendlich im Auftrag des Gemeinderates gemacht. Der Gemeinderat hat ihm den Auftrag im Februar 2009 erteilt und es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. Deshalb besteht kein Anlass Kraftausdrücke zu gebrauchen.

Stadtpräsident E. Wohlwend dankt für die gute Präsentation von S. Stierli. Es gibt 9 Punkte, die der Stadtpräsident vertiefen oder korrigieren möchte. 1. Die Frage der Investoren im Grüzefeld. Es handelt sich um zwei Brüder. Sie sind beide Mitbesitzer eines Versandhauses in Deutschland und haben ihren Wohnsitz in der Schweiz. Sie sind mit zwei Dritteln am Projekt beteiligt und die Rodrigo und Abegglen Immobilien AG mit einem Drittel. 2. Minergie-Label: Im Gebiet Stadtmitte besteht eine Anschlusspflicht an ein Heizkraftwerk, das im Moment noch mit Erdgas beschickt wird. Aber es besteht die Absicht, die Situation zu verbessern, sei es durch die Nutzung von Geothermie, sei es durch Biogas oder durch einen Anschluss an die Fernwärme. Wenn das der Fall ist, kann der Minergie P Standard erreicht werden. 3. Von Seiten der FDP ist die Frage nach zusätzlichem Effizienzgewinn gestellt worden. Selbstverständlich wird der Stadtrat die Strukturen prüfen. Das ist ein Dauerauftrag, den der Stadtrat erfüllen muss. 4. Überprüfung der Marktmöglichkeiten bezüglich Vermietung der frei werdenden Liegenschaften: Das war innerhalb dieser kurzen Zeit nicht möglich. Bis Ende April wird ein entsprechender Bericht vorliegen. 5. Etwas schwieriger ist es mit den Aussagen der SVP. Es kann mit einer Nettoeinsparung von 2,9 bis 3,6 Millionen gerechnet werden. Das ist ein Beitrag an die schwierige städtische Finanzlage. Wenn dieser Betrag jährlich eingespart werden kann, entspricht das den Kosten für 29 bis 36 Stellen, in 6 Jahren könnte ein mittleres Schulhaus finanziert werden. Es handelt sich um erhebliche Einsparungen, die sich die Stadt nicht entgehen lassen darf. 6. Es wurde auch auf ein neues Polizeigebäude hingewiesen. Wenn dieses Gebäude realisiert werden soll, dann müssen zusätzlich 30 weitere Mitarbeitende ausziehen und umsiedeln. Das heisst mit Fokus wird der Weg für das Polizeigebäude ein Stück weit geebnet. 7. Investitionen der Fortuna AG: Die meisten Liegenschaften, in die die Fortuna AG investiert hat, sind Bürobauten. Es sind keine teuren Rückbauten nötig. Lediglich die Schalter müssten abgebaut werden. 8. Was soll mit Fokus realisiert werden? Der Stadtrat hat mit der ersten Vorlage genau aufgelistet, wer in der zentralisierten Stadtverwaltung untergebracht werden soll. Im Wesentlichen hat sich nichts daran geändert. Es sind die Verwaltungsstellen, die aus den 25 Liegenschaften ausziehen sollen. Sie sollen alle im Fokusgebäude Platz finden. 9. Der Superblock ist ein reiner Zweckbau und kein Prestigegebäude. Das können die Ratsmitglieder selber beurteilen. 1869 haben in Winterthur einige Verantwortliche festgestellt, dass die Stadtverwaltung auf 9 Standorte verteilt ist. Sie haben deshalb entschieden ein Stadthaus zu bauen. Es handelte sich um den Bau von Gottfried Semper, in dem die nicht standortgebundene Verwaltung untergebracht wurde. Ein mutiger Entscheid. Damals wurde in einen Prestigebau investiert. Jetzt soll ein Zweckbau errichtet werden, damit die Stadtverwaltung effizienter arbeiten kann und Kosten eingespart werden können. Dazu kann der Gemeinderat heute den Weg frei machen indem er dem Standort Superblock zustimmt. Der Stadtrat wird dem Gemeinderat eine Umsetzungsvorlage unterbreiten. Im November 2010 oder Anfang 2011 wird eine Volksabstimmung stattfinden. Die AXA Winterthur wird die grossen Investitionen erst dann tätigen, wenn ein positiver Volksentscheid vorliegt. Der Stadtrat hofft, dass der Gemeinderat den Standortentscheid unterstützt. Stadtpräsident E. Wohlwend wäre für einen deutlichen Entscheid sehr dankbar, damit der Stadtrat weiss, dass er auf dem richtigen Weg ist.

Ratspräsidentin Y. Beutler: H. Iseli hat den Antrag bereits formuliert – Fokus soll konkretisiert werden und beide Standorte sollen dem Volk vorgelegt werden. Die Ratspräsidentin hat H. Iseli darauf hingewiesen, dass der Standortentscheid in die Kompetenz des Stadtrates fällt und gemäss Gemeindeordnung der Abstimmung durch die Gemeinde entzogen ist. H. Iseli möchte über diese Bestimmung hinwegsehen. Die Ratspräsidentin lässt über den Rückweisungsantrag der EDU abstimmen.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 42 zu 13 Stimmen ab.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Ablehnungsantrag mit 42 zu 13 Stimmen ab und heisst damit den stadträtlichen Antrag gut.

D. Hauser (SP), persönliche Erklärung: Es ist nur schwer zu verstehen, dass man Fokus aus grundsätzlicher Überzeugung ablehnt, um dann einem Rückweisungsantrag zuzustimmen, der verbunden ist mit dem Auftrag Fokus konkretisierend auszuarbeiten. Dieser Widerspruch müsste aufgelöst werden.

Ch. Kern (SVP), persönliche Erklärung: Offenbar übersteigt das die intellektuellen Möglichkeiten von D. Hauser. Es hat sich um eine taktische Abstimmung gehandelt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2010/009: "Schulleitung+" / Erweiterte Aufgaben der Schulleitungen: Wiederkehrender Kredit von CHF 256'000 ab Schuljahr 2010/11

M. Stauber (Grüne/AL) ist kurzfristig für den Kommissionsreferenten F. Helg (FDP) eingesprungen, deshalb ist das Votum etwas improvisiert. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) beantragt einstimmig die Zustimmung zu diesem Geschäft. Den Schulleitungen sollen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag betrifft die schulorganisatorische Vorgesetztenposition, nicht die fachliche. Von diesen Änderungen betroffen sind die Betreuungsleitungen, die Hauswarte, die Therapeutinnen und die Lehrpersonen für Deutsch als Zweitsprache. Das Problem ist folgendes: Die meisten dieser Personen sind vom Departement Schule und Sport angestellt. Die Lehrpersonen werden aber normalerweise von den Kreisschulpflegen angestellt. Damit entstehen Kompetenzunklarheiten. Das Problem wird über Leistungsvereinbarungen gelöst. An sich ist das Departement Schule und Sport weiterhin für Anstellungen, Entlassungen, Personalführung und Mitarbeiterbeurteilungen zuständig. Die Schulleitungen haben Weisungsbefugnisse in schulorganisatorischen Fragen. Schulorganisatorische Angelegenheiten werden von den fachlichen Angelegenheiten getrennt. Zur Schulorganisation gehört zum Beispiel der Reinigungsturnus. Zu den fachlichen Fragen gehört die Benutzung bestimmter Reinigungsmittel. Wichtig ist, dass die Schulleitungen bei der Mitarbeiterbeurteilung mitwirken.

Der Antrag wurde ursprünglich von der Zentralschulpflege gestellt und vom Stadtrat übernommen. Pro 100 % Stelle gelten für die Berechnung des Schulleitungspensums für die Führung des kommunal angestellten Personals folgende Schlüssel: Pro 100 % Hauswartung 0,0115 Vollzeiteneinheiten (VZE), Therapie 0,0125 VZE, Betreuungsleitung 0,015 VZE und Lehrpersonen für Deutsch als Zweitsprache 0,0175 VZE. In der Kommission wurden die Stellenprozente intensiv diskutiert. Ch. Baumann wird einen Antrag stellen, die Stellenprozente zu vereinheitlichen. Pro Einheit wird jeweils nur eine Person von der Schulleitung geführt, das heisst wenn zum Beispiel mehrere Betreuungspersonen in einem Schulhaus arbeiten, ist die Schulleitung nur für die Betreuungsleitung zuständig. Die übrigen Betreuungspersonen sind der Betreuungsleitung unterstellt. Die Umsetzung ist für das Schuljahr 2010/2011 geplant. Für das Jahr 2010 werden 90'000 Franken betragt. 2011 wird die Schulleitung+ noch nicht vollständig installiert sein und es wird mit Kosten von 245'000 Franken gerechnet und 2012 mit einem Aufwand von 256'000 Franken. Diese Kosten werden sich um 100'000 Franken reduzieren, weil bis 2012 eine befristete Stelle aufgehoben werden kann, die dazu dient, die Schulleitungen zu installieren. Die BSKK beantragt mit 8 zu 0 Stimmen dem Kredit zuzustimmen.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag mit gewissem Vorbehalt zu. Die Schulleitung+ ist ein positives Projekt. Im Rahmen dieses Versuchs konnten gute Erfahrungen gemacht werden, insbesondere mit der Schaffung von Leistungsvereinbarungen, die eine reibungslose Führung der unterstellten Funktionen gewährleisten sollen. Die CVP unterstützt die flächendeckende Einführung der Schulleitung+. Ebenfalls anerkennt die Fraktion

den höheren Aufwand, der damit verbunden ist. Dieser Aufwand beträgt ca. 2 bis 3 Stunden pro Woche. Es stellt sich die Frage, ob dieser relativ geringe Aufwand nicht mit dem ordentlichen Pensum von den Schulleitungen geleistet werden kann. Die gesetzlichen Grundlagen sehen keine zwingende Pensumserhöhung vor. Sie schaffen lediglich die Möglichkeit, die Pensen zu erhöhen. Dass man sich bei der heiklen Finanzlage der Stadt die Ausgaben gut überlegen muss, steht ausser Frage. Eine Beurteilung ist aber relativ schwierig. Trotzdem unterstützt die CVP den Kreditantrag.

Ch. Baumann (SP): Die SP-Fraktion begrüsst diese Vorlage und stimmt dem Kredit mit Überzeugung zu. Die Vorlage ist ausgewogen. 1. Reagiert sie auf den Entscheid flächendeckend Tagesschulen einzuführen, den der Gemeinderat gefällt hat. 2. Gewährleistet diese Vorlage, dass die Schulleitungen mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. Die SP geht mit der CVP nicht einig, die erklärt, dass bereits genügend Ressourcen vorhanden sind und die zusätzlichen Aufgaben mit den ordentlichen Pensen bewältigt werden können. 3. Begrüsst die SP den Ansatz, dass eine Einheit in der Schule geschaffen werden soll. Die Betreuungspersonen sollen mit gleichen Voraussetzungen und Regeln arbeiten wie die Schulen. Die SP hat sich immer für genügend Ressourcen eingesetzt und stellt deshalb einen Antrag an den Gemeinderat. Die einmaligen Kosten für das Jahr 2010 sollen von 90'000 Franken auf 95'000 Franken erhöht werden, für das Jahr 2011 von 245'000 Franken auf 262'000 Franken und ab dem Jahr 2012 sollen die wiederkehrenden Kosten von 256'000 Franken auf 277'000 Franken erhöht werden. Begründet wird der Antrag mit der Berechnung der Vollzeiteinheit (VZE).

Im Antrag der Zentralschulpflege sind für Betreuungsleistungen 0,015 VZE vorgesehen. Das Maximum im Kanton beträgt 0,0175 VZE. Für Therapeutinnen sind 0,0125 VZE vorgesehen, die SP beantragt 0,0175 VZE. In vielen Betreuungseinrichtungen teilen sich zwei Personen die Leitung. Die Schulleitung muss die Zusammenarbeit mit beiden Personen gewährleisten und sie muss diese im pädagogischen Bereich führen. Diese Aufstockung bedeutet, dass für die Führung von zwei Betreuungsleitenden 35 Jahresstunden zur Verfügung stehen statt 30. Das gleiche gilt auch für die Therapeutinnen. Diese Leute arbeiten eng mit den Lehrpersonen zusammen und müssen pädagogisch geführt werden. Dabei geht es um schulische Standortgespräche, um Absprachen etc. Diese Aufstockung ist nicht gross und bewegt sich im gesetzlichen Rahmen. In der Stadt Winterthur sind zudem die Voraussetzungen für Schulleitungen noch nicht so gut wie auf dem Land. Dort sind die Schulsekretariate oft im Schulhaus und die Schulleitungen können für administrative Aufgaben direkt auf die Schulsekretariate zugreifen. Die Schulleitungen in Winterthur haben sehr viel Arbeit und sollten die notwendigen Ressourcen erhalten. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder, diesem Antrag im Sinne einer guten Schule stattzugeben.

M. Läderach (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt die Vorlage und den Änderungsantrag der SP. Die Gründe sind vom Präsidenten der BSKK und von Ch. Baumann dargelegt worden. Die Erhöhungen sind minimal, schaffen aber viel mehr Spielraum für die Schulleitungen, die teilweise bereits jetzt mit sehr viel Arbeit belastet sind. Die Rechnung mit den Vollzeiteinheiten ist immer etwas kritisch. Wenn 5 Vollzeiteinheiten betreut werden müssen, sind das nicht 5 Personen, sondern unter Umständen bis zu 10 Personen. Deshalb ist der Antrag der SP sinnvoll. Er bringt eine Entlastung der Schulleitungen zum Wohl der Schule, weil die Schulleitenden damit die Zeit haben, die Schule so zu führen, wie das der Gemeinderat will. Es ist ein Entscheid für die Zukunft. M. Läderach bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

St. Nyffeler (SVP): Vieles ist bereits gesagt worden. Der Gemeinderat hat sich für die Schulbehördenreorganisation ausgesprochen. Seitens der SVP werden sowohl der Antrag des Stadtrates als auch der Antrag der SP gutgeheissen. Damit wird die richtige Richtung eingeschlagen. Die Verantwortung soll der Front übergeben werden – das heisst den Schulleitungen. Damit werden auch die Kreise gestärkt. Die SVP ist erfreut, dass im Departement Schule und Sport eine Stelle abgebaut werden kann. Einmal mehr taucht die Frage auf, ob die Verwaltung im Departement Schule und Sport mit der Umsetzung der Schulbehördenreorganisation nicht weiter abgebaut und allenfalls gewisse Aufgaben an die Front weitergegeben

werden könnten. Diesbezüglich ist noch eine Interpellation im Rat traktandiert. Ch. Baumann hat sehr gut ausgeführt und plausibel erklärt, warum die Pensen für die Schulleitungen ausgeschöpft werden sollen. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb den Kreditantrag und den Antrag der SP.

R. Harlacher (CVP): Die Erhöhung auf 0,0175 Vollzeiteinheiten, beziehungsweise auf 35 Stunden pro Jahr, ist der maximale Zeitaufwand, der im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen möglich ist. Es fragt sich, ob es sinnvoll ist, auf dieses Maximum zu erhöhen, vor allem wenn man die knappen Finanzen der Stadt berücksichtigt. Die CVP wird den Antrag der SP nicht unterstützen und stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

O. Seitz (SP): Es wurde mehrfach gesagt, dass die Schulleitungen gestärkt werden sollen. Es passiert nicht häufig, dass die SVP und die SP ins gleiche Horn blasen und einen Aufstockungsantrag unterstützen. Die Schulleitungen sind im Aufbau und es geht jetzt um die Ausgestaltung. Es geht darum, dass den Schulleitungen genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie die Schulen gut führen können. Davon profitieren auch die Kinder. Deshalb soll man das Maximum nutzen. Viele Gemeinden gehen sogar über dieses Maximum hinaus. Wenn der Antrag der SP angenommen wird, ist das keine Luxuslösung.

St. Nyffeler (SVP): Die Pensen der Kreisschulpräsidenten wurden aufgestockt und der Gemeinderat hat auch zur Aufstockung der Sekretariate Ja gesagt. Alles ist noch im Aufbau. Wenn diese kleine Aufstockung zugunsten der Front abgelehnt wird, hätte der Rat zu den anderen Erhöhungen ebenfalls Nein sagen müssen.

M. Stauber (Grüne/AL): Dass die SVP diesem Antrag ebenfalls zustimmt, ist sensationell. Umso mehr erstaunt es, dass die CVP nicht mitzieht. Die Schulleitungen leisten bereits Überstunden. Jetzt sollen sie zusätzlich diese Führungsaufgabe übernehmen. Die Schulleitung, die sowieso schon belastet ist, soll nicht noch mehr Aufgaben übernehmen, ohne die entsprechenden Ressourcen zu erhalten. Die Überprüfung der Aufgaben im Departement Schule und Sport ist von der Schulvorsteherin zugesichert worden.

R. Werren (FDP): Die FDP steht hinter den neuen Schulorganisationen und den Schulleitungen. Es ist wichtig, dass man zur Kenntnis nimmt, dass diese teilweise überlastet sind. Die FDP-Fraktion steht hinter dieser Kreditvorlage, auch hinter dem Antrag der SP-Fraktion.

Stadträtin P. Pedergnana freut sich ausserordentlich über die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Die Schulleitungen erhalten wesentliche Führungsfunktionen und müssen das Team zusammenschweissen. Vielleicht hat der Stadtrat bei der Ausarbeitung des Antrags die Stellenhöhung für die Schulleitungen zu knapp bemessen. Es ist zuwenig stark berücksichtigt worden, dass viele Therapeutinnen und Therapeuten Teilzeit arbeiten. Wenn man 300 Stellenprozente führt, sind es in Tat und Wahrheit mehr als 3 Personen. Deshalb macht es Sinn etwas mehr aufzustocken. Insgesamt ist es erfreulich, dass der Gemeinderat erkannt hat, dass es starke Schulleitungen braucht.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag der SP abstimmen.

Der Rat stimmt dem erhöhten Antrag einstimmig zu.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2010/011: Sondernutzungsplanung: Festsetzung des öffentlichen Gestaltungsplans "Parkplatz Bleuelwies"

Ratspräsidentin Y. Beutler: M. Stauber (Grüne/AL) tritt für die Dauer dieser Diskussion in den Ausstand.

U. Böni (SP): Beim Geschäft 2010/011 geht es nicht um einen Baukredit, sondern um ein reines Planungsgeschäft, das heisst mittels eines öffentlichen Gestaltungsplans wird die planungsrechtliche Grundlage für die Erstellung eines Parkplatzes im Bereich Reitplatz Töss geschaffen. Die Entwicklungsplanung Töss mit dem Teilprojekt Aufwertung des Reitplatzes ist allen bekannt. Mit dieser Aufwertung verfolgt die Stadt unter anderem folgende Ziele: Das Gebiet Reitplatz ist mit den verschiedenen festen Nutzungen wie Fussballplatz, Restaurant und temporäre Nutzungen vor allem an Wochenenden und Feiertagen stark belastet. Die Belastungen erfolgen durch Fahrzeuge, geduldete und illegale Autoabstellplätze im Grundwasserbereich, temporäre Grillplätze, Abfall etc. Als Bestandteil der Aufwertung des Reitplatzes gilt die Schliessung der jetzigen Zufahrtsstrasse durch den Wald und vor allem die Aufhebung der Parkplätze im Grundwasserbereich. Als Ersatz für die aufgehobenen Parkplätze plant die Stadt einen neuen Parkplatz links der Töss. Das Gebiet befindet sich heute in der Landwirtschaftszone, ein Parkplatz ist nicht zonenkonform, und daher ist ein Gestaltungsplan mit Richtplaneintrag notwendig. U. Böni zeigt die Situation anhand eines Plans. Der vorliegende Gestaltungsplan legt die Lage und Grösse des Parkplatzes fest. Es ist ein Parkfeld für 150 Personenwagen geplant. Die Zu- und Wegfahrt erfolgt entlang der Autobahn. Für das Projekt ist die Stromversorgung festgeschrieben, weitere bauliche Massnahmen und Hochbauten sind nicht vorgesehen. Der Parkplatz ist als Kiesplatz vorgesehen, das heisst ohne versiegelte Belagsfläche. In Bezug auf den Gewässerschutz sind keine besonderen Massnahmen geplant. Der Parkplatz kommt direkt zwischen Autobahn und Eisenbahntrasse zu liegen und tangiert den Grundwasserbereich der Töss nicht. Die Sachkommission Bau und Betriebe hat das Geschäft beraten. Alle Vorabklärungen sind getroffen, mit den kantonalen Stellen, mit der Baudirektion, mit den SBB und dem ASTRA. Grundsätzlich kann es im längeren Zeithorizont zu einer Verschiebung oder Formänderung des Parkplatzes kommen, wenn der Brüttemer Tunnel oder der Autobahnausbau realisiert werden sollte. Das sind aber relativ langfristige Zeithorizonte. Ob diese Bauten den geplanten Parkplatz tangieren werden, ist offen. Die geplante Lage hat sich nachvollziehbar als die Beste erwiesen und ist auch mit relativ geringen Baukosten realisierbar. Schlussendlich ist es zu begrüssen, wenn im Sinne des Projekts Reitplatz bald etwas geschieht. Die Sachkommission Bau und Betriebe hat mit 8 zu 1 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zugestimmt. Die SP-Fraktion schliesst sich dem an.

N. Sabathy (CVP): Auch die CVP-Fraktion unterstützt den Gestaltungsplan und die Aufwertung des Reitplatzes als ein attraktives Naherholungsgebiet. In diesem Gebiet haben Naturschutz, Sport, Erholung, Familienausflüge und Grillplausch nebeneinander Platz. Der Zusätzliche motorisierte Freizeitverkehr muss geregelt, beziehungsweise wie im Gestaltungsplan vorgesehen, auf die linke Seite der Töss umgeleitet werden. Mit dem geplanten Parkplatz wird das an schönen Wochenenden im Sommer mehr oder weniger chaotische Parkieren in geordnete Bahnen gelenkt. Auch wird dem Umweltschutz Rechnung getragen indem der alte Parkplatz, der in der Gewässerschutzzone liegt, aufgehoben wird. Der geplante Parkplatz kommt ausserhalb der Gewässerschutzzone zu liegen. Auch der Kanton und die Regionalplanung Winterthur und Umgebung erachten den geplanten Parkplatz als zweckmässig. Die CVP-Fraktion sagt Ja zu einem friedlichen Nebeneinander der verschiedenen Nutzungen auf dem Reitplatz und zum Gestaltungsplan.

J. Altwegg (Grüne/AL): Falls der Eindruck entstehen sollte, dass die Grünen plötzlich für Parkplätze sind, täuscht das. Die Sondernutzungsplanung hat die Fraktion aus folgenden

Gründen überzeugt: Das bestehende Regime mit den Parkplätzen in der Gewässerschutzzone muss geändert werden. Es findet eine Aufwertung des Naherholungsgebiets Reitplatz statt. Im Weiteren ist angedacht, dass die Strasse, die zum Reitplatz führt mit einem Fahrverbot belegt werden soll. Die „Chinesenbrücke“ muss abgebrochen und durch eine neue ersetzt werden. Die Zufahrt für Velofahrer, die von Dätttau kommen, wird einfacher. Der Stadtrat wird dem Gemeinderat noch einen Kreditantrag zur Abstimmung vorlegen. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

J. Heusser (FDP): Auch die FDP befürwortet den neuen Parkplatz. Der Gestaltungsplan hat aber einen Nachteil. An schönen Sonntagen parkieren bis zu 300 Autos beim Reitplatz. Jetzt werden 150 Parkplätze erstellt. Es verbleiben zwar noch 70 Parkplätze bei der „Chinesenbrücke“, diese werden aber mit der Zeit verschwinden. Deshalb sind 150 Parkplätze zu wenig. Weil der Kanton nicht mehr Plätze bewilligt hat, muss die FDP wohl oder übel Ja sagen. Das allgemeine Fahrverbot zum Reitplatz ist aber fraglich. Das Restaurant beim Reitplatz bezahlt Zinsen an die Stadt. Dieser Beitrag würde mit einem Fahrverbot geschmälert. J. Heusser schlägt ein allgemeines Fahrverbot vom Freitagnachmittag bis Sonntagabend vor. An den übrigen Wochentagen soll die Strasse weiterhin befahren werden können. Andernfalls verliert der Wirt zu viel Umsatz. Im Grossen und Ganzen ist die FDP zufrieden, dass ein Parkplatz gebaut werden soll.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Der Reitplatz ist ein viel besuchtes und beliebtes Naherholungsgebiet. Das ist aber auch ein Problem, weil die wenigsten zu Fuss oder mit dem Velo kommen. An schönen Sommertagen ist der Verkehr durch den Wald gross. An solchen Tagen parkieren sehr viele Autos beim Reitplatz. Die Entflechtung des Verkehrs von der Freizeitnutzung macht Sinn. Damit der Verkehr aus dem Waldgebiet entfernt werden kann, ist der Parkplatz auf der anderen Seite der Töss geplant, der zwischen der Autobahn und dem Eisenbahntrasse gebaut werden soll. Die Zufahrt muss dann nicht mehr über den Waldweg erfolgen. Mit dem öffentlichen Gestaltungsplan „Parkplatz Bleuelwies“ wird der Bau des Parkplatzes ausserhalb des empfindlichen Waldgebietes ermöglicht. Mit der Zustimmung zum Gestaltungsplan entscheidet der Gemeinderat nicht über ein konkretes Projekt. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion befürwortet den Gestaltungsplan.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Gestaltungsplan zu. Es ist wichtig, dass die motorisierte Zufahrt geregelt wird, an einem schönen Wochenende werden bis zu 300 Autos in diesem Gebiet parkiert. Die Parkplätze müssen verlegt werden, damit die Gefährdung des Grundwassers minimiert werden kann. Der Reitplatz wird aufgewertet. Der neue Fuss- und Veloweg soll aber einfach gestaltet werden, vor allem auch die Brücke. Es braucht ein kostengünstiges Projekt, das allen dient.

Stadtrat W. Bossert dankt für die positive Aufnahme der Vorlage. Mit dem Gestaltungsplan werden die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um diesen Parkplatz zu bauen. Heute wird lediglich über den Gestaltungsplan abgestimmt und nicht über Verkehrsanordnungen oder über das Projekt. Diese Diskussion kann im Rahmen des Kreditantrags geführt werden. In diesem Sinn kann der Gemeinderat getrost zustimmen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt, somit ist der Gestaltungsplan „Parkplatz Bleuelwies“ festgesetzt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2010/001: Jährlicher Kredit von CHF 95'000 für die mobile Sozialarbeit in Winterthur

A. Daurù (SP): Die Strassensozialarbeit SUBITA vom Verein Strassensozialarbeit Winterthur ist nicht zu verwechseln mit der mobilen Jugendarbeit MOJAWI. Die Stadt hat nach der Auflösung der Drogen- und Alkoholszene im Stadtpark verschiedene Massnahmen geplant und umgesetzt, um den von der Auflösung betroffenen Personen rechtzeitig und auf angemessene Art und Weise zu begegnen und die Neubildung einer öffentlichen Alkohol- und Drogenszene zu vermeiden. Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang auch die Drogenanlaufstelle und der repressive Teil der Massnahmen, der von der Polizei übernommen wird. Das allein reicht aber nicht. Es braucht auch ein Angebot, das den Betroffenen an Ort und Stelle begegnet und sie niederschwellig betreut und berät. Der Verein Strassensozialarbeit Winterthur führt diese aufsuchende Sozialarbeit im Rahmen von SUBITA seit 15 Jahren erfolgreich durch. Von 1995 bis 2003 wurde SUBITA von der Stadt mit jährlich 50'000 Franken unterstützt. Die mobile Sozialarbeit wird von einer Sozialarbeiterin und einem Sozialarbeiter, die zusammen ein Pensum von 130 % haben, ausgeführt. Im Jahr 2010 soll dieses Pensum auf 140 % aufgestockt werden.

Die beiden Mitarbeitenden arbeiten präventiv im öffentlichen Raum. Sie richten sich an Einzelpersonen und Gruppen, die sich in Winterthur aufhalten, leben und von Obdachlosigkeit, Verwahrlosung und Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben bedroht sind. Es sind Menschen, die nicht nur unter Suchtproblemen zu leiden haben. Immer öfter sind Menschen betroffen, die unter psychischen Problemen leiden und von der Gefahr der Vereinsamung betroffen sind. Es handelt sich oft um Gruppen, die den öffentlichen Raum zu stark vereinnahmen und so den Zugang für andere erschweren. Die Arbeitsfelder der Sozialarbeitenden umfassen die aufsuchende Sozialarbeit und die Präsenz auf der Strasse durch regelmässige Rundgänge. Sie sind auch an Veranstaltungen präsent, zum Beispiel am Botellon an der Steinberggasse vom September 2008. Sie beobachten die Szene und sie sind vernetzt mit anderen Institutionen. Sie machen Einzelfallberatung vor Ort und bieten Hilfe in Notlagen oder bei psychosozialen Problemen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit gehört zu den Aufgaben von SUBITA, das heisst die Sozialarbeitenden nehmen die Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppen wahr und suchen Kontakt zu den Medien und zur Politik. Im Weiteren umfasst die Arbeit auch zielgruppenspezifische Projekte, zum Beispiel Information und Beratung bei der Wohnungssuche. Auch Fussball und Fanarbeit ist ein Thema oder Safer Clubbing, hier geht es vor allem um die Sicherheit im Ausgang. Jedes Jahr finden eine Kleiderbörse und der Lichter-Anlass statt.

Die Stadt schaut auf eine langjährige Zusammenarbeit mit SUBITA zurück. 1995 wurde mit einem städtischen Beitrag von 30'000 Franken gestartet. 1996/1998 hat der Gemeinderat den Betrag auf 50'000 Franken erhöht und für die Jahre 1999 bis 2001 und 2001 bis 2004 jeweils erneut bewilligt. Schlussendlich ist der Beitrag leider dem Sparprogramm win.03 zum Opfer gefallen. Seit der Streichung dieses Beitrags hat sich SUBITA vor allem durch die Beiträge der Kirchen, des Kantons, der Hilfsgesellschaft und anderer Geldgebern finanziert. Für das Jahr 2010 muss mit einem Defizit von 95'000 Franken gerechnet werden. Zwischen SUBITA und der Stadt Winterthur besteht eine Leistungsvereinbarung, die der Sachkommission Sicherheit und Soziales (SSK) vorgelegt worden ist. Die Stadt hat zudem im Vorstand des Vereins einen Sitz. Sie wird in die Arbeit von SUBITA einbezogen und regelmässig mit Berichten versorgt. Winterthur ist eine Grossstadt, die sich mit verschiedenen sozialen Problemen auseinandersetzen muss. Dabei ist SUBITA eine grosse Stütze. Will die Stadt Winterthur diese Leistung selber anbieten, müsste mit Mehrkosten von bis zu einer halben Million gerechnet werden. Im Weiteren werden die Sozialen Dienste durch SUBITA entlastet. Es handelt sich um eine Arbeit, die nicht zum Kerngeschäft der Sozialen Dienste gehört und trotzdem sehr wichtig ist. SUBITA ist eine gute und wichtige Institution. Die Sachkommission Sicherheit und Soziales hat mit 6 zu 2 Stimmen dem Antrag zugestimmt. Die SP-Fraktion

unterstützt diesen Kredit. Diese Sozialarbeit ist notwendig und die SP will weiterhin auf diese Arbeit zählen können.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt den Kredit von jährlich 95'000 Franken für die Strassensozialarbeit SUBITA. Die beiden Mitarbeitenden leisten eine wichtige Arbeit mit der aufsuchenden Sozialarbeit, der Einzelfallhilfe und mit gruppenspezifischen Projekten. SUBITA besteht seit 15 Jahren und passt sich seit Beginn den wechselnden Bedürfnissen der Menschen auf der Strasse an. Dass die Auflösung der Szene um den Musikpavillon ein Erfolg wurde, ist unter anderem auch dem Verein zu verdanken. Die Stadt könnte mit dem gleichen Beitrag nicht annähernd diese Arbeit übernehmen. Die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen ist sinnvoll und effizient. Die Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt der Sozialarbeiterin und dem Sozialarbeiter für die Arbeit.

K. Brand (CVP): Die CVP-Fraktion schliesst sich den Ausführungen des Referenten der SSK an. Das Angebot an aufsuchender Strassensozialarbeit in Winterthur durch SUBITA ist notwendig. Heute wie auch in Zukunft wird für viele Jugendliche und junge Erwachsene die Nacht zum Tag. Dass dieses Phänomen geradezu nach Hilfs-, Überwachungs- und Kontrollmassnahmen im öffentlichen Raum schreit, ist unbestritten. SUBITA ist die einzige Institution, die dieses soziale Angebot im öffentlichen Raum anbietet. Die Schlagzeilen in jüngster Zeit über nächtliche Trinkgelage mit Ausschreitungen von Jugendlichen lassen hellhörig werden. Auch, dass Winterthur die sicherste Stadt in der Schweiz sein soll, kann teilweise der Institution SUBITA zugeordnet werden. Damit Winterthur diesen Standard halten kann, muss weiterhin in die mobile Sozialarbeit investiert werden. Die CVP-Fraktion stimmt deshalb dem jährlichen Kredit von 95'000 Franken für die Jahre 2010 bis 2013 zu.

J. Lisibach (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt das Geschäft ab. In der vorliegenden Weisung geht es um die mobile Sozialarbeit für Erwachsene. Trotzdem wird in der Weisung vor allem das Freizeitverhalten von jungen Menschen beschrieben. Die SSK hat den Verein Strassensozialarbeit besucht. Ein pensionierter Jugendanwalt hat seine beruflichen Erfahrungen geschildert, um die Kommissionsmitglieder von der Wichtigkeit der Sozialarbeit für Erwachsene zu überzeugen. In der Weisung wird die Präsenz der aufsuchenden Strassensozialarbeit beim Botellon 2008 erwähnt. J. Lisibach kann sich erinnern, dass an diesem Anlass diverse Straftaten verübt worden sind. Insofern hat die Präsenz nicht die gewünschte Wirkung erreicht. Neuerdings hat sich beim Bahnhof eine neue Szene gebildet. SUBITA ist bisher dort nicht gross gesichtet worden. Es mag schön sein, diese Organisation zu unterstützen. Gemäss Stadtrat kann sich Winterthur diese Ausgaben aber nicht leisten. Die Ratsmitglieder haben am 17. März 2010 eine Mailmitteilung erhalten, dass der Stadt 50 Millionen fehlen. Der Stadtrat hat folgendes geschrieben: „Der Stadtrat fordert bereits für das laufende Jahr 2010 eine strenge Ausgabendisziplin. Auf alle neuen wiederkehrenden Ausgaben, die nicht absolut zwingend sind, ist zu verzichten.“ Der vorliegende Kreditantrag ist nicht zwingend aber wiederkehrend. Dabei geht es nicht um einen gesetzlichen Auftrag. In 4 Jahren belaufen sich die Ausgaben auf knapp 400'000 Franken. Die ehrenamtliche Arbeit des Vereins ist sehr lobenswert. Es gibt aber eine grosse Anzahl von Vereinen in Winterthur, deren Mitglieder ebenfalls ehrenamtliche Arbeit leisten. J. Lisibach bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Kreditantrag von 95'000 Franken für die mobile Sozialarbeit. Ch. Denzler weiss, was ein ehrenamtlicher Vorstand leistet und was der Vorstand des Vereins Strassensozialarbeit Winterthur im speziellen geleistet hat. Die Mitarbeitenden bieten Gewähr, dass mit dem finanziellen Beitrag sorgsam umgegangen wird, und dass das Geld den sozial Benachteiligten zugute kommt. Ch. Denzler will nicht alles wiederholen was die Vorrednerinnen und Redner bereits gesagt haben. Die Akzeptanz des Gemeinderates wird sich in diesem Verein bemerkbar machen. Es gibt keine Einwände, die gegen diesen Beitrag sprechen. Die Solidarität der FDP ist auch ein Dank an den Vorstand und die Mitarbeitenden. Wichtig sind auch die vertraglichen Zusicherungen, dass der gesprochene Betrag in den nächsten 3 Jahren nicht erhöht werden soll.

D. Berger (Grüne/AL): Die SSK ist detailliert über die Arbeit von SUBITA informiert worden und konnte sich ein Bild von der Tätigkeit dieses Vereins machen. Das Angebot ist unterstützungswürdig. Wie erwähnt, wurde die Unterstützung im Rahmen von win.03 aufgehoben. Die erneute Unterstützung durch die Stadt muss im Rahmen von Merkur gesehen werden. Wer A sagt, muss auch B sagen. D. Berger ist von Merkur zwar nicht begeistert, aber es ist klar, dass jede Folgemassnahme von Merkur genau geprüft werden muss. In diesem Fall ist der Beitrag an die Institution legitim, weil sie nötig und sinnvoll ist. Auch die SVP, die sich für Merkur ausgesprochen hat, müsste bereit sein, die Folgekosten zu tragen und die Folgeprobleme zu beheben. In der Kommission wurde die Frage nach dem Umfang der direkten und indirekten Arbeit gestellt. Die Kommission wollte genau wissen, wie gross der Anteil der Arbeit an der Front ist. Es hat sich herausgestellt, dass 70 % der Arbeitszeit der direkten Strassensozialarbeit zugute kommt. Das ist nicht kritisiert worden. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Kreditantrag.

O. Seitz (SP): Die Sicherheit in Winterthur ist allen ein Anliegen. Die SVP verlangt aus diesem Grund die Anstellung von 24 zusätzlichen Polizisten. Weder die Polizei noch SUBITA konnten die Straftaten anlässlich des Botellons verhindern. O. Seitz fragt sich, ob diese zusätzlichen 24 Polizisten die Stadt wirklich sicherer machen. Sowohl die Polizei wie auch die Strassensozialarbeit leisten einen Beitrag an die Sicherheit in der Stadt. Deshalb ist es wichtig, dass auf verschiedenen Schienen gearbeitet wird.

Stadträtin M. Ingold dankt den Ratsmitgliedern für die insgesamt sehr gute Aufnahme dieser Vorlage. Ein Dank geht auch an A. Daurù für die gute Vorstellung des Projekts. Die Ratsmitglieder anerkennen damit den ausgewiesenen Bedarf an aufsuchender Sozialarbeit, um soziale Probleme aufzufangen. Der Rat anerkennt auch, dass die aufsuchende Sozialarbeit ein Element aus dem Massnahmenpaket Merkur ist. Für die Umsetzung des Projekts Merkur, das zum Ziel hat, den öffentlichen Raum für alle Nutzerinnen und Nutzer zugänglich und attraktiv zu gestalten, braucht es die verschiedenen Elemente. Der repressive Teil wird durch die Stadtpolizei abgedeckt. Dass es auch einen sozial unterstützenden Teil gibt, wird ebenfalls anerkannt. Der eine Teil dieser sozialen Unterstützung bildet die Anlaufstelle (DAS) und der andere ist der aufsuchende Teil. Der Verein Strassensozialarbeit ist eine kompetente Fachorganisation mit einem Leistungsausweis. Es handelt sich um eine glaubwürdige Partnerin. Stadträtin M. Ingold dankt den Ratsmitgliedern für die Unterstützung.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde ein Ablehnungsantrag gestellt. Die Ratspräsidentin lässt über den jährlich wiederkehrenden Kredit über 95'000 Franken für die mobile Sozialarbeit in Winterthur abstimmen.

Der Rat heisst den Kredit mit deutlicher Mehrheit gut.

Fraktionserklärung

Ch. Kern (SVP) dankt Ratspräsidentin Y. Beutler herzlich für das Präsent. Die SVP-Fraktion hat sich sehr darüber gefreut. Gefreut hat sich Ch. Kern auch über den Beipackzettel, der im Fall von Ch. Kern eine präzise Situationsanalyse beinhaltet.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2009/069: Begründung des Postulats A. Daurù und U. Böni (SP) betreffend lokale Beschäftigungsprogramme in der Krisenzeit

A. Daurù (SP): Die Arbeitslosigkeit hat in der Schweiz im Dezember 2009 mit 4,4 % den höchsten Stand seit 12 Jahren erreicht. In Winterthur liegt diese Zahl über dem schweizerischen Durchschnitt, nämlich bei 5,7 %. Das Konjunkturinstitut der ETH Zürich rechnet damit, dass der Aufschwung und somit die Verringerung der Arbeitslosenzahlen erst im Jahr 2011 einsetzen wird. Bis dahin ist mit einer Arbeitslosigkeit von bis zu 6 % zu rechnen. Deshalb stellt sich die Frage, ob Winterthur für diese Arbeitslosenzahlen gerüstet ist. Das Postulat möchte den Stadtrat einladen, mit einer Arbeitsgruppe wirksam und schnell Beschäftigungsprogramme zu schaffen, beziehungsweise zu prüfen. Eine Studie zur Wirksamkeit von Beschäftigungsprogrammen in den Städten Basel, Zürich und Genf zeigt wie sinnvoll solche Programme sein können. In allen drei Städten gibt es Einzelarbeitsplätze für bezugsberechtigte, wie auch für bereits ausgesteuerte Arbeitslose. Die Arbeiten werden nicht im geschützten Rahmen verrichtet, sondern zusammen mit regulär Angestellten. Im besten Fall – wie zum Beispiel in der Stadt Genf – haben Ausgesteuerte das Recht auf einen Platz im Beschäftigungsprogramm. Etwas mehr als ein Drittel der Betroffenen machen von diesem Recht Gebrauch. Ein Ziel des Beschäftigungsprogramms ist es, dass Ausgesteuerte erneut ein Anrecht auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten. Damit können die städtischen Sozialausgaben entlastet werden. Neben dieser positiven Auswirkung auf die Sozialausgaben, gibt es einen weiteren wichtigen Punkt. Die teilnehmenden Arbeitslosen an diesem Programm haben laut einer Studie schneller eine neue Stelle gefunden. Fast zwei Drittel der Teilnehmenden sind überzeugt, dass ihnen dieses Programm geholfen hat. Ein grosser Teil der Teilnehmenden hat erklärt, dass ihr Selbstvertrauen gestiegen ist und sie wieder einen geregelten Tagesablauf erhalten haben. Die Ressourcen der Betroffenen bleiben erhalten. Damit wird ihnen ermöglicht, wieder am beruflichen und sozialen Leben teilzunehmen und schneller eine reguläre Stelle zu finden. Wer beruflich wieder eingegliedert ist, ist auch sozial besser integriert. Eine Arbeitsgruppe der Stadt könnte entsprechende Beschäftigungsprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten prüfen. Die Postulanten bitten die Ratsmitglieder, dem Postulat ihre Stimme zu geben und der Stadt Winterthur und der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, auf die mittel- bis langfristigen Auswirkung der Arbeitslosigkeit vorbereitet zu sein und den Erhalt des sozialen Friedens zu unterstützen.

U. Böni (SP): Niemand weiss mit Sicherheit, wie sich der Beschäftigungsgrad lokal entwickeln wird. Was wir wissen ist: Winterthur zählte Anfang Jahr eine Arbeitslosenquote von deutlich mehr als 5 % und liegt damit deutlich über dem kantonalen Schnitt. Abgesehen von den persönlichen Schicksalen bei Stellenverlust, bedeutet eine länger anhaltende Beschäftigungskrise mehr ausgesteuerte Menschen, mehr Ausgaben in der Sozialhilfe und Mehrausgaben für die Stadt Winterthur. Mit diesem Postulat wird der Stadtrat eingeladen, sich zu vernetzen und aktiv zu werden – zum Beispiel indem er im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beim Bund für die Verlängerung der Taggelddauer vorstellig wird und weitere Möglichkeiten abklärt und diese auch in Anspruch nimmt. Die Postulanten sind überzeugt, dass die Bildung einer departementsübergreifenden Arbeitsgruppe machbar und nötig ist. Die Stadt braucht ein Szenario, wie sie mit der momentanen Lage und einer eventuellen Verschärfung der Situation umgehen will. Der Stadtrat hat an einem Gespräch mit gewerkschaftlichen Organisationen bekannt gegeben, dass eine Arbeitslosigkeit von 5 % die Hürde für weitere Aktivitäten ist, auch aus finanziellen Überlegungen. Niemand will schwarzsehen, aber die Stadt ist verpflichtet, vor allem in einer angespannten finanziellen Situation, alles zu unternehmen, dass der Unsicherheitsfaktor in Bezug auf die Kosten der Sozialhilfe und eine negative Entwicklung besser abgefedert werden kann. U. Böni bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. In Winterthur werden die Programme und Angebote für Arbeitslose laufend ausgebaut. Es spricht nichts dagegen, dass Selbständigerwerbende zusätzliche Stellen schaffen. Aber wenn man auf die Medienmitteilung des Stadtrates vom 17. März zurückkommt, müssten alle Parteien mit einem Exekutivmitglied im Stadtrat, das Postulat ablehnen. Andernfalls wird diese Medienmitteilung zur Makulatur. Die Stadt ist aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, die Angebote für Arbeitslose noch weiter auszubauen. Es ist aber nicht so, dass nichts gemacht wird. Daher lehnt die SVP das Postulat ab.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion steht diesem Vorstoss kritisch, aber trotzdem positiv gegenüber. Wenn neue Beschäftigungsprogramme lanciert werden, dürfen diese auf keinen Fall das Gewerbe konkurrenzieren. Es müssen Arbeiten für nicht gewinnorientierte Unternehmungen oder Organisationen verrichtet werden, das heisst in erster Linie für die Stadt. Es sollen auch Arbeiten verrichtet werden, die normalerweise nicht von der Stadt übernommen werden können. Besser wäre es, wenn bei der Beschaffung oder Vergabe von Dienstleistungen ökologische Kriterien stärker gewichtet würden. Die Arbeiten müssten vermehrt an Firmen in der Region vergeben werden. Damit könnten die lokalen Unternehmen ihre Dienstleistungen vermehrt anbieten. Sie wären nicht so stark der Krise ausgesetzt, weil die Stadt auch in schlechten Zeiten investiert. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss.

G. Bienz (CVP): Die CVP-Fraktion erachtet es als sehr wichtig, dass auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Arbeitsfähigkeit und die Ressourcen der Arbeitslosen erhalten bleiben. Es ist aber die Aufgabe des Kantons, Gelder für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte zu sprechen. Der Regierungsrat hat vor kurzem beim Kantonsrat eine Verlängerung des Rahmenkredits beantragt. Solange der Kanton keine Gelder gesprochen hat, ist es verfehlt, vorzugreifen und eine Arbeitsgruppe zu bilden. Das auch deshalb, weil die städtische Finanzsituation angespannt ist und keine Kredite in entsprechende Projekte erlaubt. Winterthur engagiert sich bereits seit Jahren für die Arbeitsintegration. Die CVP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulates ab.

B. Günthard-Maier (FDP): Die FDP unterstützt den Ablehnungsantrag. Sie sieht aber das Problem der Arbeitslosigkeit, das durch die Wirtschaftskrise ausgelöst wurde. Das Ziel der Postulanten, möglichst vielen Betroffenen eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten, wird von der FDP-Fraktion unterstützt. Allerdings ist es fraglich, ob der vorgeschlagene Lösungsweg, eine Arbeitsgruppe zu schaffen, der richtige ist. In der Stadt Winterthur gibt es bereits viele gute Beschäftigungs- und Integrationsangebote und zwar von der Stadt und von Privaten. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass die zuständige Stadträtin M. Ingold regelmässigen Kontakt zu diesen Anbietern pflegt, und dass sie sich für eine gute und nachhaltige Lösung für die Betroffenen einsetzt. Auch ihr Nachfolger wird dieses Vorgehen weiterführen. Eine Arbeitsgruppe erübrigt sich deshalb.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Postulat auseinandergesetzt. Nach Rücksprache mit dem Sozialdepartement und verschiedenen Arbeitsgruppen und Sozialforen ist die Fraktion zum Schluss gekommen, dass sie das Postulat nicht unterstützen will. Eine Arbeitsgruppe kostet Geld. Diese Gelder sollen in Unternehmen mit sozialem Engagement investiert werden, solange der Aufschwung auf sich warten lässt. Die Arbeitsprogramme der KMU sollen vermehrt gestützt werden. Dementsprechend soll mit diesen Unternehmen zusammengearbeitet werden. Aus diesen Gründen unterstützt die Die EVP/EDU/GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

R. Isler (SVP): Das Postulat ist das falsche Werkzeug. Der Stadtrat hat jetzt zwei Jahre Zeit eine Antwort zu geben. 2011, das heisst in einem Jahr, sollte der Aufschwung kommen. Man stellt aber bereits jetzt fest, dass sich die Situation verbessert hat. Einzelne Firmen konnten bereits wieder Leute einstellen. Das Postulat wird zudem vor allem Beschäftigung im Rahmen der staatlichen Institutionen bringen. Die Rahmenbedingungen für die Unternehmen

sollten verbessert werden. Unternehmungen, die soziale Verantwortung übernehmen, sollten gefördert werden. Das Postulat zielt in die falsche Richtung und ist deshalb abzulehnen.

Stadträtin M. Ingold: Die Idee der Postulanten, die Ankurbelung der Beschäftigungsplätze, ist grundsätzlich richtig. Folgende Punkte sind aber zu berücksichtigen. 1. braucht es Aufgabenfelder und eine Firma, die Arbeiten vergibt. 2. braucht es Kandidatinnen und Kandidaten, die geeignet sind und in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. 3. braucht es eine Vermittlung, die den Kandidaten/die Kandidatin mit dem Arbeitgeber zusammenbringt. 4. müssen genügend Mittel vorhanden sein. KAP verfügt über die Kompetenzen 1 bis 3 und bietet diese Dienstleistungen an. Über die Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich der Arbeitslosenversicherung darf man sich keine Illusionen machen. Das ist auf Bundesebene längst geregelt. Die Stadt kann keinen Einfluss darauf nehmen. Wenn der Gemeinderat im Sinne der Postulanten diese Idee vorantreiben will, muss Punkt 4 erfüllt sein. Er muss Geld bewilligen. Alles andere ist vorhanden, das heisst, es gibt bereits verschiedene Arbeitsgruppen, zum Beispiel den Steuerungsausschuss Sozial- und Arbeitsintegration auf Departementebene, die Arbeitsmarktkommission, das ist ein stadträtlicher Ausschuss zu dem die Departemente Soziales und Schule und Sport gehören, sowie eine Arbeitgebervertretung, die Berufsberatung, das RAV, die Sozialen Dienste und KAP. Die übergreifende Zusammenarbeit ist bereits vorhanden. Daran fehlt es nicht. Wenn, dann fehlen finanzielle Mittel, um noch mehr Arbeitsplätze vergeben zu können.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat lehnt das Postulat sofort ab.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2009/007: Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) betreffend Schuldenberatung und Schuldensanierung

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Spätestens nach dieser Antwort muss allen klar sein, dass das Thema Schulden hoch aktuell ist. Der Stadt gehen zudem jährlich gegen 5 Millionen verloren. Die Menschen aus Winterthur suchen die Schuldenberatungsstelle in Zürich erst dann auf, wenn es nicht mehr anders geht. Deshalb ist die Anzahl der Klientinnen und Klienten aus Winterthur, die die kantonale Stelle aufsuchen, relativ gering. Aus der Antwort geht auch hervor, dass sich viele private Trägerschaften mit Schulden auseinandersetzen. Für die Schuldenberatung gibt es verschiedene Angebote in Winterthur. Das Angebot für eine Schuldensanierung ist aber relativ gering.

Frage 6: Der Stadtrat schreibt, dass die Leistungsvereinbarung mit der Fachstelle für Schuldenfragen des Kantons Zürich von 20 auf 25 Einheiten erhöht worden ist. Wie muss der ausgewiesene Bedarf der privaten Trägerschaften für ihre Dienstleistung Budgetberatung erbracht werden, damit eine Beitragserhöhung stattfinden kann? Frage 7: Prävention im Jugendbereich: Die Betreibungsbeamte leisten einen wichtigen präventiven Beitrag an der Oberstufe. Das ist eine gute Sache. Auch die Elternräte haben das Thema aufgenommen. Der Stadtrat schreibt, dass das Projekt „Jugendinformation Winterthur“ in Abklärung ist. Wie weit ist dieses Projekt gediehen? Es ist sehr wichtig, dass der Prävention eine hohe Priorität zukommt damit Jugendliche lernen, mit ihrem Budget umzugehen. Wichtig ist, dass die Sozialhilfestatistik nicht weiter ansteigt. Deshalb ist es sinnvoll, die Personen in Sachen Schuldensanierung zu unterstützen, die gewillt sind zu handeln und noch keine Sozialhilfe beziehen. Wenn man mit Betreibungsbeamten spricht, hört man immer wieder, dass sie zusätzlich zu ihrer eigentlichen Arbeit nicht ständig noch mehr Aufgaben übernehmen können. Die Betreibungsbeamten sind alle am Limit. Aufgrund der finanziellen Lage kann die Stadt keine eigene Schuldensanierungsstelle einrichten. Inzwischen hat sich eine private Gruppe gefunden, die eine Stelle aufbauen will, die sich vor allem um Schuldensanierungen kümmert. Diese

wird sich vorwiegend über private Spenden und Sponsoren finanzieren. Sie wird aber auch auf die Unterstützung der Stadt angewiesen sein, vor allem wenn es um Infrastrukturkosten geht. In diesem Sinn nimmt die EVP/EDU/GLP-Fraktion die Antwort positiv zur Kenntnis.

B. Baltensberger (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort kann aber nicht ganz befriedigen. B. Baltensberger geht zwar mit dem Stadtrat einig, dass keine eigene Fachstelle für Schuldenberatung in Winterthur notwendig ist. Es gibt, zumindest für Erwachsene, ein ausreichendes Beratungsangebot. Die Stelle in Zürich reicht für die Schuldensanierung aus. Leider ist es so, die Gesellschaft produziert immer Leute, die Schulden machen. Das Ideal, dass alle ihre Schulden durch genügend Beratungsstellen loswerden, ist unerreichbar. Die Sanierungsstelle in Zürich ist fachlich sehr gut ausgerüstet. Die Klientinnen und Klienten müssen aber gewisse Voraussetzungen mitbringen, damit eine Schuldensanierung möglich ist. Das ist nicht immer einfach.

B. Baltensberger begrüsst es, dass der Stadtrat die Leistungsvereinbarung von 20 auf 25 Einheiten erhöhen will, und dass er auch bereit ist für die Budgetberatung in Winterthur an private Trägerschaften zusätzliche Mittel zu sprechen. Auch die neu zu schaffende Stelle für Schuldensanierung würde zu diesen Trägerschaften gehören. Was in der Antwort des Stadtrates fehlt, sind Ausführungen über die Beratungsmöglichkeiten für Jugendliche und jungen Erwachsenen. Einen 16-jährigen kann man nicht gut an die Frauenzentrale verweisen. Ist die Jugendberatung die richtige Anlaufstelle? Sind für die Schuldenberatung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genügend Kapazitäten vorhanden? Darüber möchte B. Baltensberger mehr erfahren. Das wäre auch im Interesse von Eltern, Lehrpersonen und Ausbildungsverantwortlichen. Im Internet konnte B. Baltensberger dazu nichts finden. Vielleicht kann Stadträtin M. Ingold auch noch Stellung nehmen zum Projekt „Jugendinformation Winterthur“.

G. Bienz (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt diese im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die Verschuldung ist ein grosses Problem, das in Winterthur mit Präventionsmassnahmen bekämpft wird. G. Bienz denkt vor allem an die Lektionen zum Thema Prävention Jugendverschuldung, die von den Mitarbeitenden der städtischen Betriebsämter jährlich den Sekundarklassen erteilt werden. Auch die städtischen Lernenden werden bezüglich Schuldenprävention unterrichtet. Im Rahmen dieser Lektionen werden die Jugendlichen sicherlich darauf hingewiesen, wo sie Hilfe finden können. G. Bienz wäre froh, wenn Stadträtin M. Ingold darüber informieren könnte. Bezüglich Budgetberatung und Prävention existiert ein ausreichendes Angebot in Winterthur, das jederzeit ausgebaut werden könnte. Man müsste aber wissen, ab welcher Kennzahl ein Ausbau möglich ist. Die CVP begrüsst es, dass die Stadt keine eigene Fachstelle für Schuldensanierung eingerichtet hat und auch nicht einrichten will und stattdessen in Erwägung zieht, bestehende Leistungsvereinbarungen mit der kantonalen Fachstelle von 20 auf 25 Einheiten zu erhöhen.

M. Wenger (FDP): Mit Geld verantwortungsbewusst umzugehen, ist nicht immer einfach. Auch im Rat wird öfters über den sinnvollen Einsatz der vorhandenen Mittel diskutiert. Die Interpellationsantwort hat aufgezeigt, dass die Zusammenarbeit der Stadt mit spezialisierten privaten Organisationen gut funktioniert und Sinn macht. Von der guten Präventionsarbeit der Stadtammänner konnte sich M. Wenger persönlich überzeugen. Die FDP dankt für den Bericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis. Sie freut sich über die Eigeninitiativen und das Engagement für eine gute Sache.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Vieles wurde bereits gesagt. Das Vorgehen der Stadt ist sinnvoll. Man muss sich allerdings fragen, wo die Eltern dieser Jugendlichen sind. Sie müssten stärker in die Verantwortung gezogen werden. Zudem stellt sich folgende Frage: Wo gibt es eine Beratungsstelle für Städte, die ihr Budget überziehen. Winterthur ist immer wieder in dieser Lage. In diesem Sinn nimmt die SVP-Fraktion im zustimmenden Sinn Kenntnis von der Antwort.

Stadträtin M. Ingold dankt den Ratsmitgliedern für die zustimmende Aufnahme der Antwort. Die Leute suchen die Fachstelle für Schuldenfrage erst im letzten Augenblick vor dem Absturz auf. So gesehen gibt es immer die Zeit vorher, in der es den Jugendlichen oder den Erwachsenen anheim gestellt ist, ob sie sich melden wollen. Die Stadt kann erst reagieren nachdem eine Anlaufstelle aufgesucht worden ist. Wenn Jugendliche die zentrale Anlaufstelle aufsuchen, werden sie an die Fachstelle für junge Erwachsene weitergeleitet. Dort werden sie betreut. Wenn sie im Trampolin sind oder ein Motivationssemester besuchen, werden auch die Schulden angesprochen. Jugendliche, die Probleme mit der Ausbildung haben, werden auch in Bezug auf andere Probleme, wie zum Beispiel Schulden, beraten. Es gibt aber keine spezielle Beratungsstelle. Die Jugendinformationsstelle in der Stadtbibliothek wird mit einer Person besetzt sein, die eine Triage vornehmen und die Jugendlichen an die entsprechenden Stellen weiterleiten kann. Aufgebaut ist diese Stelle aber noch nicht. Das Geld ist auch noch nicht vorhanden. Es ist schwierig Geld von einer Stiftung zu erhalten für ein städtisches Angebot. Die Leistungsvereinbarung mit der Fachstelle für Schuldenfragen des Kantons Zürich wird von 20 auf 25 Einheiten erhöht, wenn die Anzahl der Fälle zunimmt. Diese Erhöhung kann rollend durchgeführt werden. Private Initiativen sind sehr erwünscht. Es ist richtig, dass die Fachstelle erst aufgesucht wird, wenn es unbedingt sein muss. Dass diese Stelle in Zürich ist, bedeutet eine zusätzliche Hürde. Wenn es in Winterthur ein entsprechendes Angebot geben würde, wäre diese Hürde sicherlich etwas weniger hoch. W. Badertscher hat die Verantwortung der Eltern angesprochen. Die Stadt ist vorwiegend mit jungen Erwachsenen konfrontiert, die mündig sind. Deshalb kann nicht mehr auf die Eltern zurückgegriffen werden.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist die Interpellation als erledigt abgeschrieben.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2009/067: Beantwortung der Interpellation A. Daurù (SP) betreffend Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

A. Daurù (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. In der Schweiz ist weiterhin mit steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen. Das betrifft insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 19 und zwischen 20 und 24 Jahren. Das geht aus der Antwort zu Frage 1 klar hervor. Das SECO erwartet eine Arbeitslosenrate von bis zu 9,4 % im Jahr 2010. Es sind insbesondere Jugendliche an den Schnittstellen Schule / Ausbildung und Ausbildung / Arbeitsmarkt, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Diese Entwicklung ist beängstigend. Wenn Jugendliche ohne Arbeit, Aufgabe und Tagesstruktur sind, wird das kurz- bis mittelfristig zu einer Erhöhung der Sozialhilfekosten führen und zu psychischen Belastungssituationen und Frustration bereits in jungen Jahren. Dadurch wird auch der soziale Frieden auf die Probe gestellt. Diese Situation kann zu Verwahrlosung und Jugendgewalt führen. Eine Entwicklung in diese Richtung kann nicht ausgeschlossen werden. Grundsätzlich hat der Stadtrat die Problematik erkannt. In den Legislatorschwerpunkten 2006 bis 2010 steht, dass alle Jugendlichen und jungen Erwachsene eine berufliche Perspektive erhalten sollten. Die Aufnahmekapazität der Fachstelle für junge Erwachsene ist momentan ungenügend. Die Fallsteuerung erfolgt nur eingeschränkt. Es werden fast ausschliesslich Jugendliche neu aufgenommen, die in Winterthur bereits Sozialhilfe beziehen. Es wäre aber wichtig, dass Jugendliche, die noch keine Sozialhilfe beziehen, aufgenommen werden könnten. A. Daurù kennt aus eigener Praxis einen Fall. Er hätte gerne die Fachstelle für junge Erwachsene beigezogen. Das war aber nicht möglich, weil der betreffende Jugendliche noch keine Sozialhilfe bezogen hat. Das darf nicht sein. Die Aufstockung um 80 Stellenprozente im Voranschlag 2010 ist erfreulich. In Anbetracht der zu erwartenden Fallzahlen aber zu knapp bemessen. Die SP wird die Situation weiterhin genau beobachten und entsprechend reagieren, wenn es nötig sein sollte. In der Schlussbemerkung der stadträtlichen Antwort steht: „Die Aufwendungen sind jedoch Investitionen in die Zukunft. Jede gelungene Berufsintegration spart mittel- und langfristig viel Geld.“ Genau das ist auch die Mei-

nung der SP-Fraktion. Sie nimmt die Antwort grundsätzlich positiv zu Kenntnis. Man könnte aber noch einiges mehr machen.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. A. Daurü hat bereits erklärt, was alles unternommen wird. In der Prävention kann man nie genug machen. Der Stadtrat muss sich aber nach den Finanzen richten. Man kann nicht alles haben, was man gern möchte. Die Stadt hat bereits vieles realisiert und wird die Situation weiter beobachten. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion zufrieden mit der Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die aufgeführten Leitideen der Sozialdienste sind breit gefächert und überzeugen. Frage 1: Aufgrund der heutigen Wirtschaftslage gilt es als erwiesen, dass die Arbeitslosenrate bei den Jugendlichen ansteigen wird. Frage 2: Ch. Denzler hat sich gefreut, dass die ursprünglich nicht kooperativen Jugendlichen im Jugendprojekt Fachstelle für junge Erwachsene (FJE) sich Punkte mit Jobs erarbeiten und eine Kürzung der Unterstützung wettmachen können. Die Erfahrungen, die Ch. Denzler im beruflichen Umfeld gemacht hat, bestätigen den Erfolg dieser Verfahrensweise. Ein Jugendlicher muss zuerst unter Druck geraten, bis er bereit ist sein Schicksal selber in die Hand zu nehmen, sprich, bis er bereit ist einen Job regelmässig auszuführen. Frage 3: Mit einer massvollen Aufstockung sind die Forderungen bereits erfüllt. Die FDP hält fest, dass der derzeitige Kurs richtig ist. Die Projekte sind gut und die notwendigen Ressourcen sind vorhanden.

G. Bienz (CVP): Die CVP-Fraktion steht aus Gründen der Sozialhilfe-Prävention sowie zur Förderung der Chancengleichheit und zur Wahrung des sozialen Friedens voll hinter den Bemühungen der öffentlichen Hand zur Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Aufgrund der gesellschaftlichen Explosivität der Jugendarbeitslosigkeit ist die CVP-Fraktion stets bereit, bei ausgewiesenem Bedarf, die nötigen Mittel im Bereich Arbeitsintegration zu sprechen. Wie der stadträtlichen Antwort zu entnehmen ist, herrschte bei der Fachstelle für junge Erwachsene (FJE) ein Engpass. Diesem Engpass wurde aber auf Antrag des Stadtrates mit einer Stellenaufstockung um 80 Stellenprozente im Budget 2010 inzwischen wirksam begegnet. Diese Investition war dringend notwendig, da die Kooperationsbereitschaft junger Erwachsener mit Integrationsbedarf zuerst im Spezialprogramm FJE light aufgebaut werden muss. Ein direkter Anschluss an das Vollprogramm der FJE muss gewährleistet sein, damit die bisherigen Anstrengungen nicht umsonst waren und der Präventionszweck nicht gefährdet wird. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt diese im positiven Sinn zur Kenntnis.

Stadträtin M. Ingold: Die beiden Schnittstellen, der Übergang von der Schule zur Ausbildung und der Übergang vom Lehrabschluss ins Erwerbsleben sind die kritischen Übergänge, die Stadt, Kanton und Bund an die Hand nehmen müssen. Wenn man auch mit der Aufstockung der Fachstelle für junge Erwachsene von 80 Stellenprozenten zufrieden sein kann und wenn man sagen kann, dass die Stadt auf Kurs ist und junge Erwachsene, die keine Sozialhilfe beziehen, nicht weggewiesen werden müssen, muss man doch feststellen, dass Winterthur nicht allein ist mit diesen Problemen. Im Moment kann die Stadt nicht mehr machen. Auf Bundesebene hat Bundesrätin D. Leuthard den Übergang zwei zur Chefsache erklärt. Sie will, dass kein junger Erwachsener nach dem Lehrabschluss längere Zeit auf eine Erwerbsarbeit warten muss. Sie hat Praktika eingerichtet, um diese Übergangszeit zu überbrücken. Um den ersten Übergang abzufedern, ist der Bund ebenfalls tätig geworden und hat den Kantonen den Auftrag erteilt mit dem Projekt Case-Management Berufsbildung bereits an der Oberstufe diejenigen herauszufiltern, die Mühe haben werden, einen Ausbildungsplatz zu finden. Mit diesen Jugendlichen soll gezielt gearbeitet werden, sodass ihnen der Übergang leichter fällt. Der Kanton Zürich hat dieses Projekt übernommen und ist daran die entsprechenden Strukturen aufzubauen. Es handelt sich zwar um ein Pilotprojekt und Winterthur gehört nicht zu den ersten Städten, die in dieses Projekt aufgenommen werden. Aber immerhin wird gehandelt. Die Stadt Winterthur kann diese Probleme nicht allein bewältigen. Sie ist darauf angewiesen, dass Kanton und Bund die Hauptarbeit leisten, das ist auch ge-

setzlich so vorgesehen. Was die Stadt tun kann, das macht sie auch. Sollte ein neuer ausgewiesener Bedarf entstehen, wird der Stadtrat reagieren und die nötigen Projekte aufbauen. Auch in der nächsten Legislatur soll jeder Jugendliche eine Perspektive haben.

P. Fuchs (SVP) fragt Stadträtin M. Ingold, ob ihr bekannt ist, dass es städtische Projekte gibt, in denen zu 90 % eine Sprache aus Exjugoslawien gesprochen wird. Wenn deutsch-sprechende Teilnehmer um Übersetzung bitten, dann erhalten sie die Antwort: „Das geht dich nichts an, das brauchst du nicht zu wissen.“

Stadträtin M. Ingold weiss nicht, welches Projekt P. Fuchs anspricht. Sie wird das abklären und sich mit P. Fuchs in Verbindung setzen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist wird die Interpellation als erledigt abgeschrieben.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2009/034: Beantwortung der Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Bevorzugung des handwerklichen und gewerblichen Verkehrs gemäss Verkehrsleitbild des Stadtrats

U. Brügger (FDP) spricht stellvertretend für P. Rütimann. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Der Stadtrat betont in seiner Antwort zu Recht die Bedeutung des lokalen Gewerbes für die Versorgung der Stadt, für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für den Wirtschaftsstandort Winterthur. Der Stadtrat anerkennt, dass der Gewerbeverkehr besondere Bedürfnisse hat, weil er weniger flexibel ist, als andere Verkehrsteilnehmer. In den Leitsätzen Verkehr steht unter Punkt 4: „Der gewerbliche innerstädtische motorisierte Individualverkehr ist gegenüber dem Durchgangs- und Freizeitverkehr zu bevorzugen.“ U. Brügger will wissen, was die Stadt konkret unternimmt. In der Antwort steht, dass der Stadtrat bereit ist, Sonderbewilligungen zu erteilen, damit das Gewerbe in die Innenstadt fahren kann. Die Bewirtschaftung von Parkierungsanlagen soll dem Gewerbe ebenfalls nützen. Es ist aber nicht klar, inwiefern das der Fall ist. Mit diesen beiden Massnahmen wird für den handwerklichen und gewerblichen Verkehr nicht sehr viel getan. Trotzdem ist die FDP-Fraktion mit diesem Teil der Antwort zufrieden. Etwas kritischer beurteilt die FDP die gesamte Verkehrssituation. Es ist richtig, dass ein regionales Gesamtverkehrskonzept notwendig ist. Auch die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs ist unbestritten. Die FDP unterstützt den Stadtrat, wenn er die Kapazitäten gezielt erhöhen will. Allerdings dürfen diese Massnahmen nicht zulasten des motorisierten Individualverkehrs gehen. U. Brügger hatte beim Lesen der Antwort das Gefühl, dass die Massnahmen in diese Richtung tendieren. Die FDP spricht sich für ein Nebeneinander von öffentlichem Verkehr und privatem Verkehr aus und will, dass die Bürgerinnen und Bürger frei wählen können, welches Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Insgesamt ist die FDP-Fraktion mit der Antwort zufrieden und nimmt sie positiv zur Kenntnis.

N. Sabathy (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt die Antwort zur Kenntnis. Fazit: Die Massnahmen zur Umsetzung des vierten Verkehrsleitsatzes zum Thema Bevorzugung des gewerblichen innerstädtischen motorisierten Individualverkehrs sind etwas schwach. Die Antworten zu den einzelnen Fragen befriedigen nur bedingt. Die CVP kann aber den Spagat des Stadtrates zwischen der Bevorzugung des Handwerkerverkehrs in der Altstadt und in den verschiedenen Gewerbegebieten sowie der Optimierung des Gesamtverkehrs – das heisst Bus- und Autoverkehr – nachvollziehen. Die CVP hofft, dass mit der Überarbeitung, beziehungsweise der Neuauflage, des Gesamtverkehrskonzepts Winterthur dazu noch verschiedene Antworten vorgelegt werden.

J. Würigler (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Interpellation von P. Rütimann bezieht sich auf die städtischen Grundsätze Verkehr vom Dezember 2008. Die-

se Grundsätze bezogen sich auf das Gesamtverkehrskonzept 2005/2006. Es wird in diesem Konzept auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Süd/Ost-Umfahren bald realisiert werde. Heute ist bekannt, dass dieses Gesamtverkehrskonzept – mindestens in Bezug auf den motorisierten Individualverkehr – das Papier nicht wert war. Auch die Grundsätze Verkehr sind ein zahnloser Papiertiger. Die Bevorzugung des gewerblichen Verkehrs ohne Benachteiligung des übrigen motorisierten Verkehrs ist nicht möglich. Das entspricht den Aussagen des Stadtrates zu Frage 5 und bildet die Essenz der stadträtlichen Antwort. Dank der vorliegenden Interpellation wird einmal mehr klar, was Sache ist. Es ist eine Illusion zu glauben, es gäbe reelle Möglichkeiten den gewerblichen Verkehr gegenüber dem allgemeinen motorisierten Individualverkehr zu bevorzugen. Es ist bekannt, wie schwierig es ist, den strassengebundenen öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu bevorzugen. Die Bevorzugung des gewerblichen Verkehrs ist nur in klar abgegrenzten Zonen möglich. Die angeführte Parkplatzbewirtschaftung „Blaue Zone“ begünstigt sowohl den allgemeinen motorisierten Individualverkehr wie auch den gewerblichen Verkehr. Die Handwerkerbewilligungen für die Altstadt sind eine Folge der beschlossenen Verkehrsfreiheit und kein Instrument um den Handwerkerverkehr zu bevorzugen. In dieser Hinsicht übertreibt der Stadtrat. Die Bewilligungspraxis in der Altstadt ist schlecht gelöst. Wenn ein Handwerker von Auswärts einen Termin in der Altstadt hat, muss er zuerst bei der Stadtpolizei eine Zufahrtbewilligung lösen. Bauen in der Altstadt wird dadurch teurer. J. Würgler stellt die Frage, ob es nicht möglich ist, diese Bewilligung per Internet zu lösen. In der Altstadt stören nicht diejenigen, die berechtigt sind, sondern diejenigen, die ohne Bewilligung in die Altstadt fahren. Die Stadtpolizei hat den Auftrag, den Verkehr in der Altstadt zu kontrollieren. Wenn dieser Auftrag nicht wahrgenommen wird, dann wird der Bewohnerverein eine Initiative lancieren und verlangen, dass man die Altstadt abriegelt. J. Würgler bittet die Stadtpolizei, vermehrt zu kontrollieren. Frage 2: Die Dosierung des Verkehrs an den Einfallssachsen der Stadt Winterthur beschränkt oder fördert den gewerblichen Verkehr genauso wie den Freizeitverkehr. Fazit: Der Gewerbeverkehr kommt selten mit dem Velo. Es kostet viel Geld, wenn er im Stau steht. Das Problem kann nur über eine allgemeine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs gelöst werden.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. In den vergangenen Jahren hat der gesamte Verkehr auf den Strassen von Winterthur stark zugenommen. Während den Spitzenzeiten sind viele Verkehrsachsen überlastet und die Kapazitätsgrenzen sind erreicht. Wie sieht das in 10 Jahren aus? Alle wissen, dass der öffentliche Verkehrsraum bereits voll ausgenützt wird und wesentliche Entlastungen der Hauptachsen nur durch teure Massnahmen zu erreichen sind. Es ist sehr wichtig, dass der Gewerbeverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr bevorzugt wird, wie dies im Leitbild festgelegt ist. Eine Lösung wird in der Interpellationsantwort nicht aufgezeigt, abgesehen von der Zufahrt zur Altstadt und besseren Parkierungsmöglichkeiten.

D. Schraft (Grüne/AL): Der Stadtrat hat in seiner Antwort aufgezeigt, dass er sich bemüht, in der Innenstadt den überflüssigen Verkehr zu vermeiden. Frage 5: Der Interpellant hat mit dieser Frage klar gemacht, dass er am liebsten den Fünfer und das Weggli hätte, das heisst die Bevorzugung des gewerblichen Verkehrs und keine Benachteiligung des motorisierten Individualverkehrs. D. Schraft ist froh, dass der Stadtrat klar gemacht hat, dass das nicht möglich ist. Wenn der Stadtrat sagt, dass die Strassenkapazität für den motorisierten Individualverkehr frei gehalten werden soll, für den es keine Alternativen gibt, dann kann die Grüne/AL-Fraktion das unterstützen. Aber die Ansichten der Fraktion darüber, was überflüssig ist und welche Alternativen vorhanden sind, weicht stark von den Ansichten anderer Fraktionen ab. Die Grüne/AL-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates zum grossen Teil zufrieden.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Allerdings zeigt sich mit dieser Antwort, dass die Bevorzugung des gewerblichen Verkehrs nicht explizit möglich ist, ausser in Bezug auf die Einfahrt in die Altstadt und die Parkierungsmöglichkeiten. Die Dosierung des Verkehrs bei der Einfahrt in die Stadt ist eine sinnvolle Möglichkeit, um den öffentlichen und privaten Verkehr zu verflüssigen. Ein grosser Teil des Verkehrs in der Stadt ist aber hausgemacht. Deshalb ist die Förderung des öffentlichen

Verkehrs und des Langsamverkehrs die beste Strategie für die Fortbewegung in der Stadt. Je weniger Bewohnerinnen und Bewohner sich in der Stadt mit dem Auto bewegen, desto mehr Platz haben das Gewerbe und die Handwerker. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion nimmt die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

U. Böni (SP): Als Gewerbetreibender hat sich U. Böni über diese Interpellation gefreut – quasi nach dem Motto freie Fahrt für Böni. Er ist aber perplex, dass U. Brügger mit der Beantwortung eigentlich zufrieden ist – im Gegensatz zu U. Böni, der damit nicht ganz zufrieden ist. Im Leitsatz 4 verspricht die Stadtrat etwas, was sie gar nicht erfüllen kann – nämlich die Bevorzugung des gewerblichen Verkehrs. Es bleibt dem Stadtrat nicht viel mehr übrig, als auf die autofreie Altstadt und die blaue Zone zu verweisen. Die blaue Zone ist gut, aber nur solange weniger Anwohnerkarten verteilt werden, als Parkplätze vorhanden sind.

Stadtrat W. Bossert glaubt kaum, dass er noch einmal erleben darf, dass der Rat in Bezug auf ein Verkehrsthema mit dem Stadtrat zumindest teilweise einig ist. In diesem Sinne dankt Stadtrat W. Bossert für die positive Aufnahme.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2009/036: Beantwortung der Interpellation J. Lisibach (SVP) betreffend Gestaltung neuer Teuchelweiherplatz

J. Lisibach (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Der Stadtrat schreibt, dass bezüglich Einnahmeausfälle der Gemeinderat informiert wird. Wie hoch sind diese Einnahmeausfälle? Antwort 2: Auf die Frage, an wie vielen Tagen pro Jahr die Zeughausstrasse gesperrt wird, hätte J. Lisibach gerne eine klare Antwort. Frage 3: Ist der Bauvertragsvertrag mit der Firma HRS Real Estate AG bereits unter Dach und Fach? Frage 7: Die Antwort befriedigt nicht. Die SVP möchte wissen, ob der Stadtrat bereits bei der Planung der Oberflächengestaltung darauf achtet, dass kein Treffpunkt im Stil des Musikpavillons entstehen kann. Zudem fordert die Fraktion den Stadtrat auf, die Sorgen und Nöten der Garage Schneider an der Zeughausstrasse ernst zu nehmen und sich um eine gute Lösung zu bemühen. Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort zur Kenntnis.

K. Brand (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Sie ist mit der Beantwortung der Interpellation nicht restlos zufrieden. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Lage der Ein- und Ausfahrt zum neuen Parkhaus Teuchelweiher an der Zeughausstrasse mit der rechtskräftigen Bewilligung vom März 2009 bestätigt wurde. Die Ein- und Ausfahrt des Parkhauses wurde deshalb nicht an die Obermühlestrasse gelegt, weil das Feuerwehrgelände unmittelbarer Nachbarschaft steht und das Polizeigebäude dort gebaut werden soll. Wie sieht es mit dem geplanten Polizeigebäude aus? Ausserdem möchte die CVP wissen, für welche Variante des unterirdischen Parkhauses sich der Stadtrat entschieden hat – die grosse oder die kleine. Die CVP erwartet vom Stadtrat eine Orientierung über das weitere Vorgehen zur Realisierung dieses Parkhauses und des Polizeigebäudes mit einem entsprechenden Antrag.

Der neue Teuchelweiherplatz soll gemäss Stadtrat so gestaltet werden, dass er Sicherheit für die Bevölkerung ausstrahlt. Die Gesamtkosten der Oberfläche wurden anfänglich auf ca. 5 Millionen veranschlagt. Dies war dem Stadtrat zuviel, worauf er ein reduziertes Projekt von ca. 3 Millionen vorgeschlagen hat. Für ein definitives Projekt hat er sich noch nicht ausgesprochen. Das endgültige Projekt wird mit Baubeginn des unterirdischen Parkplatzes dem Gemeinderat vorgelegt. Wann der Hauptinvestor den eigentlichen Baubeginn festlegt, ist aus der Interpellationsantwort nicht ersichtlich. Wann wird mit dem Bau für das unterirdische Parkhaus begonnen und wie lange dauern die Bauarbeiten bis die Anlage bezugsbereit ist?

U. Böni (SP): Die SP-Fraktion ist sehr zufrieden mit der detaillierten Beantwortung der Interpellation. Die Antwort zeigt auch klar das geplante Vorgehen auf. All die Fragen, die aufge-

taucht sind, die Angst, dass der Platz von Randständigen genutzt werden könnte, diese Probleme können diskutiert werden, wenn die Weisung vorliegt. Die SP-Fraktion dankt für die stadträtliche Antwort.

Stadtrat W. Bossert: Es sind noch einige Fragen offen. Der Stadtrat wird noch vor Ende der Legislatur eine grössere Diskussion über das Parkhaus führen. Geplant ist der Bau von 630 Parkplätzen. Verschiedene Aspekte müssen noch diskutiert werden. Man muss davon ausgehen, dass Kundinnen und Kunden des Parkhauses mehr bezahlen werden als heute. Ein Parkhaus ist teurer als ein Parkplatz an der Oberfläche. Zudem ist es weniger komfortabel. Für die Kundinnen und Kunden bieten unterirdische Parkplätze keine Vorteile. Im Weiteren ist es fraglich, ob ein Bedarf für dieses Parkhaus besteht. Seit das Parkleitsystem installiert wurde, hat man festgestellt, dass nur während wenigen Stunden pro Jahr alle Parkplätze in den Parkhäusern besetzt sind. Es ist fraglich, ob es ökonomisch Sinn macht, die Anzahl der Plätze in den Parkhäusern nach dem Spitzenbedarf auszurichten. Wenn man das Parkhaus baut, muss die Stadt zudem einen erheblichen Einnahmefall in Kauf nehmen durch den Wegfall von Gebühreneinnahmen auf den oberirdischen Parkplätzen. All diese Fragen wird der Stadtrat noch in dieser Legislatur diskutieren und dem Gemeinderat einen entsprechenden Antrag stellen. Die Situation in der Stadt ist jetzt vergleichbar gut. Es sind genügend Parkplätze vorhanden. Nach dem Bau des Parkhauses wird das Parkieren teurer und weniger komfortabel.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Mit diesem Votum ist die Interpellation erledigt und abgeschlossen.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2009/066: Beantwortung der Interpellation U. Böni (SP) betreffend A1-Umfahrung Winterthur

U. Böni (SP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Gesamtschweizerisch leben in Winterthur nicht nur die glücklichsten Frauen, gesamtschweizerisch belegt die Umfahrung Winterthur, die A1, den zweiten Podestplatz, was die Überlastung anbelangt, mit zukünftig bis zu 4 Stunden Stau. Kurzzeitige Störungen und Staus auf der A1 bewirken einen Anstieg des innerstädtischen Verkehrs von bis zu 25 %, nicht eingerechnet sind die Autofahrerinnen und Autofahrer, die sowieso die Verkehrsrouten durch die Stadt wählen, statt im morgendlichen oder abendlichen Stau auf der Autobahn zu stehen. Eine sinnvolle Geschwindigkeitsreduzierung auf 80 Stundenkilometer brächte eine maximale Kapazität, weniger Abrieb, weniger Lärm und weniger Abgase. Ausserdem gibt es im Bereich der Umfahrung Winterthur keine Messstation. Der Bund, das Bundesamt ASTRA, plant bekanntlich eine Standstreifenbewirtschaftung und längerfristig einen Vollausbau auf 6 Spuren. Zu vermuten ist, dass jeglicher Ausbau der A1 nur kurzfristig den Stau verringern, danach aber zu Mehrbelastungen führen wird.

Frage 1: Entlang der A1 auf Winterthurer Gemeindegebiet befindet sich keine PM10 Messstation und es ist keine geplant. Der Feinstaub wird in Opfikon und beim Milchbuckeltunnel gemessen. Die Stadt Winterthur betreibt eine solche Station beim Obertor: Arme Tössemer, arme Dättnauer, arme Wülflinger. Die Stadt Winterthur hat zwar kein Mitspracherecht bezüglich der Massnahmen zum Schutz vor Schadstoffbelastungen durch die A1. Der Kanton Zürich hat aber im Falle einer unmittelbaren Gesundheitsgefährdung voll Handlungskompetenz. 1. sollte festgelegt sein, was eine Gefahr für die Gesundheit bedeutet, sollte entsprechend gehandelt werden, zum Beispiel mit konsequenten Massnahmen bei der Überschreitung der Grenzwerte. 2. muss im Bereich A1 in Winterthur eine Messstation gefordert werden, nur so können überhaupt die lokalen Belastungen gemessen und es kann entsprechend reagiert werden. Die Bevölkerung muss geschützt werden. Frage 2: U. Böni wollte konkret wissen, wie der Stadtrat die Bevölkerung vor den Belastungen der Autobahn schützen wird. Die Antwort ist eher ernüchternd ausgefallen. Die Stadt sieht wenig bis keinen konkreten Hand-

lungsbedarf, weil Kanton und Bund zuständig sind. Frage 3: In Bezug auf den Ausweichverkehr durch die Stadt während den Stauzeiten, legt der Stadtrat das Gewicht vor allem auf die zusätzliche Standstreifenbewirtschaftung und rechnet dadurch für einige Jahre mit einer Verflüssigung des Verkehrs. Zusätzlich werden die Verkehrssteuerungsanlagen erwähnt, welche den Verkehrsfluss auf den Hauptachsen steuern sollen. Neben der Standstreifenbewirtschaftung muss der Stadtrat zukünftig rigoros die Zufahrt in die Stadt am Stadtrand drosseln. Der Stadtrat bemüht sich beim Kanton und beim ASTRA für ein Mitspracherecht, er setzt sich für eine Temporeduktion, für die Standstreifenbewirtschaftung und die Dosierung mittels Verkehrsanlagen ein. Das ist löblich. U. Böni weist darauf hin, dass mit der regen Bautätigkeit in Dättnau, im Schosstal und im Niederfeld immer mehr Menschen in Reichweite der A1 wohnen. Es ist dringlich, die Bevölkerung vor den heutigen und den zu erwartenden Belastungen zu schützen. Mit dieser Interpellation ist es noch klarer geworden: Die A1 nimmt eine Schlüsselrolle in der städtischen Verkehrspolitik ein. Ohne energisches Handeln und stetiges Nachhaken bei den übergeordneten Stellen und ohne ehrgeizige Ziele nützen die städtischen Lösungen für die innerstädtische Verkehrspolitik nur wenig. Der Stadtrat muss eindringlich und wirksam die Interessen der Winterthurerinnen und Winterthurer gegenüber Kanton und Bund vertreten.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Fraktion ist angesichts des Verkehrswachstums auf der A1 besorgt. Allerdings ist weniger der Stau das Problem, sondern der Feinstaub, der Lärm etc. Die Fraktion nimmt aber erfreut zur Kenntnis, dass sich der Stadtrat mit seinen Möglichkeiten für die Anliegen von Winterthur einsetzt – insbesondere für Tempo 80 und weitere Massnahmen, zum Beispiel eine Überdeckung gewisser Teile der Umfahrung. Es ist klar, dass eine Überdeckung hohe Kosten verursachen würde und deshalb nur schwer umsetzbar ist. Tempo 80 wäre aber einfach umzusetzen und könnte rasch realisiert werden. Das hätte eine Win-win-Situation zur Folge. Die Kapazität der Autobahn würde erhöht und die Emissionen würden reduziert. Es ist unverständlich, warum der Kanton diese Massnahme nicht konsequenter umsetzt. Kann W. Bossert dieses Vorgehen begründen? Im Weiteren ist es unerlässlich, dass die regionalen Verkehrssteuerungsmassnahmen weiterentwickelt werden. Damit kann sichergestellt werden, dass der Verkehr durch die Stadt nicht übermässig zunimmt und der Gewerbeverkehr besser fließen kann. Diese Massnahmen sind kostengünstig und effizient. Winterthur ist aber stark vom kantonalen Willen abhängig. Die Grüne/AL-Fraktion ist nicht der Meinung, dass es zweckmässig ist, die Kapazität auszubauen. Eine Standstreifenbewirtschaftung könnte zwar noch ins Auge gefasst werden, aber sicher kein weiterer Ausbau. Auch wenn die A1 eine Nationalstrasse ist, die Belastungen muss vor allem die Region tragen. Diese sind bereits viel zu hoch und liegen über den Grenzwerten. Mit einer Feinstaubmessstation könnte die Belastung genauer abgeklärt werden. Die richtige Strategie wäre der Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

R. Werren (FDP): Die Situation auf dieser Autobahn ist mehr als unerfreulich. Grundsätzlich ist die FDP-Fraktion mit der Antwort des Stadtrates einverstanden, handelt es sich doch um einen Tatsachenbericht. Die Einflussmöglichkeiten des Stadtrates sind in Bezug auf die Nationalstrassen eher gering. Das zeigt sich auch in der Antwort. Tempo 80 war bereits vor 20 Jahren ein Thema, ob es das Gelbe vom Ei wäre, bleibt abzuwarten. Die Standstreifenbewirtschaftung wird von der FDP seit langem befürwortet. Die Einfahrt in die Stadt durch Dosierungsmassnahmen zu erschweren, wäre ein Schildbürgerstreich. R. Werren denkt an die Pendlerströme und an die KMU. Viele benötigen für ihre Arbeit ein Auto. Vor etwa 10 Jahren hatte R. Werren Kontakt mit Bundesstellen, weil die Schutzwände bei Töss ca. 20 cm niedriger sind als bei Wülflingen. Es war aber nicht möglich Einfluss zu nehmen. R. Werren fragt sich, warum diese Wände unterschiedlich hoch sind. Höher Wände würden die Bevölkerung etwas besser schützen. Grundsätzlich braucht es Massnahmen, um den Schutz zu verbessern. Einfahrtssperren in die Stadt sind aber nicht möglich.

H. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Wenn man bedenkt, dass in der Studie des Bundes bis zum Jahr 2020 täglich mit 2 bis 4 Stunden Stau gerechnet wird, dann ist es klar, dass Massnahmen notwendig sind. Heute kommt es zweimal pro Wo-

che zu Staus, die meist 2 Stunden dauern. Der Verkehr in der Stadt nimmt bei Staus auf der Autobahn extrem zu. Das gilt auch für Stadel, Seuzach und Ohringen. Ein Ausbau auf 6 Spuren ist eine Möglichkeit, dieses Problem zu entschärfen. Inwiefern durch den Mobilitätsgewinn eines Ausbaus zusätzlicher Verkehr ausgelöst wird, ist nicht abschätzbar. Die SVP geht aber davon aus, dass es bei einem Ausbau der A1 auf 6 Spuren kurzfristig zu einer Entschärfung der Stausituation und somit zu einer Verringerung der Feinstaubbelastung im Bereich der A1 kommen wird. Durch einen Ausbau der A1 können eine Zunahme des innerstädtischen Verkehrs sowie die zunehmende Nutzung der Schleichwege über die umliegenden Dörfer verhindert werden.

Stadtrat W. Bossert dankt R. Diener und weiteren Votantinnen und Votanten, dafür, dass sie die eingeschränkten Möglichkeiten des Stadtrates realisieren. Mehr als die dargelegten Möglichkeiten hat der Stadtrat nicht. Er setzt grosse Hoffnungen in die Wirkung der regionalen Verkehrssteuerung (RVS). Die Massnahmen werden aber vom Kanton angeordnet. Die Verkehrssteuerung darf nicht zu einem Rückstau auf der Autobahn führen. Es darf nicht so sein, dass die Autobahn verstopft wird, weil der Verkehr nicht in die Stadt abfliessen kann. Tempo 80 fordert der Stadtrat seit Jahren. Die Antwort der ASTRA lautet: Diese Massnahme ist praktisch nicht durchsetzbar. Eine Überdeckung der Autobahn auf gewissen Abschnitten ist Gut und Recht. Man kann davon ausgehen, dass bei einem allfälligen Ausbau auf 6 Spuren mindestens im Bereich Wülflingen eine Überdeckung gebaut wird. Man muss aber bedenken, dass die Luft trotzdem in die Umgebung entlassen und nicht viel sauberer wird. Das Anordnen einer weiteren Messstelle wird das Problem nicht lösen. Man könnte einfach belegen, dass die Belastung übermässig ist. Stadtrat W. Bossert dankt für die insgesamt positive Kenntnisnahme.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Mit diesem Votum wird die Interpellation als erledigt abgeschrieben.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2009/127: Begründung des Postulats D. Schraft (Grüne/AL), U. Böni (SP) und M. Zeugin (GLP) betreffend Bodenversiegelung

D. Schraft (Grüne/AL): Letzten Samstag haben die Grünen aus Zug ihren Fraktionsausflug nach Winterthur gemacht. Das erste, was D. Schraft zu hören bekam, war die Bemerkung, dass es in Winterthur viele ungenutzte oder wenig genutzte Flächen mitten in der Stadt gibt. In Zug sei jeder Quadratmeter ausgenutzt. Diese Qualität, dass in Winterthur nicht alles zubetoniert ist, muss erhalten bleiben. D. Schraft ist aber nicht der Meinung, dass nicht mehr gebaut werden darf. Die Brachflächen sorgen dafür, dass das Klima in Winterthur für Menschen und Tiere relativ gut ist. Begrünte Dachflächen bieten zum Beispiel auch Lebensraum für Solitärbiene. Zudem trägt das Wasser, das nicht in die Kanalisation fliesst, zum Hochwasserschutz bei. Diese Qualitäten müssen erhalten und verbessert werden. Je weniger der Boden versiegelt ist, desto besser ist das für den Menschen. Die Stadt Winterthur kann viel dazu beitragen, dass die Bodenversiegelung kein ungesundes Ausmass annimmt. Sie kann auch dazu beitragen, dass die bestehenden Bodenversiegelungen wieder zurückgebaut werden können. D. Schraft erklärt anhand von Beispielen die Absichten, die diesem Postulat zu Grunde liegen. Es ist klar, dass man sein Auto auf einem festen Parkplatz abstellen will, und dass es feste Beläge braucht, wenn Kinder mit dem Velo fahren wollen. Deshalb muss der Boden aber nicht versiegelt werden. Es gibt unzählige Arten von Hartbelägen, die wasserdurchlässig sind. Im öffentlichen Raum werden zum Beispiel um die Alleebäume wasserdurchlässige künstliche Steine gelegt. Es gibt zum Teil Vorschriften für den Abfluss von Meteorwasser und die Begrünung von Dachflächen. Aber die Stadt könnte noch viel mehr tun. D. Schraft bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

U. Böni (SP) kann alles unterstützen, was D. Schraft gesagt hat. Man hat vor ca. 15 Jahren im Baudepartement Ökologie am Bau thematisiert. Dabei wurde auf die richtigen Materialien für Bodenbeläge geachtet. In den letzten Jahren sind in der Stadt Winterthur aber immer mehr asphaltierte Flächen entstanden. Auch Wege wurden asphaltiert. Offenbar ist die Bodenversiegelung kein grosses Thema mehr. Ein anderes Thema sind die Tiefgaragen. Bei grossen Überbauungen sollte die Stadt, wenn sie die Möglichkeit hat, ein Auge auf diesen Aspekt werfen. Oft ist man sich der Grösse der Bauten unter den Gebäuden nicht bewusst. Es ist billiger eine grosse Tiefgarage zu bauen, als unter den einzelnen Häusern mehrere kleinere unterirdische Garagen. Nach Möglichkeit sollten grosse Freiflächen offen gehalten werden. U. Böni bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

N. Sabathy (CVP): Die CVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. D. Schraft hat erstaunlicherweise Winterthur gelobt. Damit wäre doch alles gut. Die Verlangsamung der Bodenversiegelung wird bereits durch gesetzliche Grundlagen im Sinne des Postulats geregelt. Wenn jemand baut, muss er das Regenwasser, das vom Dach und vom Vorplatz anfällt, wenn immer möglich versickern lassen. Wenn das nicht geht, muss es einer Meteorwasserkanalisation angeschlossen werden. In den meisten Baubewilligungen ist vorgeschrieben, dass Vorplätze und Parkplätze mit sickerfähigen Belägen ausgestattet werden müssen. Es kann also nicht einfach alle zubetoniert werden. Damit wird bereits genug getan, um die Bodenversiegelung zu verlangsamen oder zu verhindern.

R. Werren (FDP): Alles was mit diesem Postulat verlangt wird, kann die FDP unterstützen. Trotzdem unterstützt die FDP den Ablehnungsantrag. Grundsätzlich kann man nicht verdichtetes Bauen fordern und gleichzeitig die Versiegelung des Bodens stoppen oder gar rückgängig machen. Man kann auch nicht eine urbane Gartenstadt und gleichzeitig mehr Natur in der Stadt fordern. Die Bauordnung verlangt, wenn immer möglich, auf eine Versiegelung zu verzichten und Meteorwasser versickern zu lassen. Aus Gründen des Gewässerschutzes ist aber eine direkte Versickerung des Wassers, das von Plätzen abläuft, nicht erlaubt. Das heisst, dass die bisherigen Sickerschächte nicht mehr gebaut werden dürfen. Das wiederum bedeutet, das Meteorwasser muss über Humusflächen versickern. Im innerstädtischen Raum ist das immer weniger möglich. Die gesetzlichen Grundlagen bestehen und die Verwaltung ist genügend sensibilisiert, um diese auch umzusetzen. Dieser Vorstoss ist überflüssig. R. Werren bittet die Ratsmitglieder das Postulat sofort abzulehnen.

W. Steiner (SVP): Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass genügend bauliche Vorschriften vorhanden sind bezüglich der Versickerung des Meteorwassers. W. Steiner hat es noch erlebt, dass vor Jahren bei starkem Regenfall das Wasser auf den Wiesen versickert ist. Er hat auch erlebt, dass die Tösstalstrasse überschwemmt worden ist. Man kann nicht sagen, dass alles gut ist, wenn man das Meteorwasser einfach auf die Wiese laufen lässt.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat überweist das Postulat mit 29 zu 27 Stimmen an den Stadtrat.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2009/071: Begründung des Postulats B. Günthard-Maier (FDP) betreffend "Zentrales Frühförderungselement "Deutsch" integrieren - zum Nutzen aller"

B. Günthard-Maier (FDP): Wenn Kinder noch kein Deutsch sprechen, wenn sie in den Kindergarten kommen, haben nicht nur diese Kinder ein Problem, sondern die ganze Gesellschaft. Die betroffenen Kinder verstehen nicht, was um sie herum vorgeht und sie können die Lernschritte nicht mitmachen. Sie verstehen die Geschichten nicht, die erzählt werden und sie können sich nicht mit den anderen Kindern verständigen oder unterhalten. Das macht das Spielen schwieriger. Die Lehrperson muss zudem die Erklärungen wiederholen bis diese Kinder etwas verstehen. Das braucht viel Geduld. Auch die Gesellschaft hat ein Problem, weil diese Kinder bis zum Ende ihrer schulischen Laufbahn die Nachteile nicht aufholen können. Ein Kredit von 300'000 Franken für die Frühförderung, den der Stadtrat vorgeschlagen hat, wurde vom Gemeinderat bewilligt. Das Leitbild sieht als Zielgruppe sozioökonomisch Benachteiligte mit oder ohne Migrationshintergrund vor. Als Rahmenbedingung steht fest, dass diese Frühförderung freiwillig sein soll. Das ist Gut und Recht, reicht aber nicht aus. Der Kanton Basel Stadt leistet Pionierarbeit in Bezug auf die Frühförderung. Dabei hat man festgestellt, dass die Kinder, die es dringend nötig haben Deutsch zu lernen und die am meisten benachteiligt sind, nicht an der freiwilligen Frühförderung teilnehmen, weil die Eltern die Defizite nicht bemerken. Für die FDP ist es ein Ziel, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben und sich weiterentwickeln können. Das bringt auch Vorteile für die Gesellschaft. Bildung ist eine Kernaufgabe. Es bringt allen Vorteile, wenn die Kinder bereits Deutsch sprechen, wenn sie in den Kindergarten kommen – den Eltern, den Kinder und der Gesellschaft. Die Kinder können sich von Anfang an optimal entwickeln. Das Geld soll zudem effizient eingesetzt werden. Das ist dann der Fall, wenn es dort eingesetzt wird, wo es die Menschen am meisten brauchen. Deshalb bittet die FDP die Ratsmitglieder, das Postulat zu unterstützen.

St. Schär (SVP): Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Mit dem selektiven Obligatorium besteht ein staatlicher Zwang zur Frühförderung, das ist absolute Willkür. Müssen gewisse Eltern zum Glück ihrer Kinder gezwungen werden? Wenn ja, wer kontrolliert, ob die Gezwungenen tatsächlich diese Kurse besuchen? Zudem ist es kaum möglich mit einem Kredit von 322'000 Franken dieses selektive Obligatorium einzuführen. Eltern, die das Beste für ihre Kinder wollen, werden freiwillige entsprechende Angebote nutzen. St. Schär erwartet, dass die bestehenden Angebote so angepriesen werden, dass alle Eltern den Nutzen der Frühförderung erkennen und nutzen. Er bittet die Ratsmitglieder, den Ablehnungsantrag zu unterstützen.

M. Stauber (Grüne/AL): Der Stadtrat hat in seiner Weisung bezüglich Frühförderung, der der Gemeinderat vor einigen Monaten zugestimmt hat, einen pragmatischen Weg gewählt ohne Zwangsmassnahmen. Das hat den Vorteil, dass die Massnahmen politisch einfacher durchzusetzen sind. Der Nachteil ist, dass genau die Kinder, beziehungsweise die Eltern, nicht erreicht werden, die es bitter nötig hätten. Die FDP schlägt jetzt einen nicht sehr liberalen Weg vor. Sie hat erkannt, dass nicht alles über Selbstverantwortung funktioniert. Dem Modell, das der Stadtrat vorgeschlagen hat, das heisst dem Modell, das auf Freiwilligkeit beruht, hat die Grüne/AL-Fraktion zugestimmt, weil das Anliegen Frühförderung sehr wichtig ist. Mit den generellen Ausführungen der Postulantin ist M. Stauber einverstanden. Offenbar hat das Basler Modell einen gewissen Erfolg. Aus diesen Gründen befürwortet die Grüne / AL-Fraktion die Überweisung des Postulats. Was aber ebenfalls wichtig ist, sind die Kriterien, die für die Anwendung des Obligatoriums notwendig sind. Darüber will die Grüne/AL-Fraktion in der Postulatsantwort informiert werden. St. Schär hat gefragt, ob gewisse Eltern zum Glück ihrer Kinder gezwungen werden sollen. Die Kinder haben das Recht auf Chancengerechtigkeit. Wenn die Eltern sich dafür nicht einsetzen, dann müssen diese vielleicht tatsäch-

lich dazu gezwungen werden. In diesem Sinne bitte M. Stauber die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

O. Seitz (SP): Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat mit einem grossen Aber und einer noch grösseren Hoffnung. Die SP steht voll und ganz hinter der Frühförderung. Sie hat das Konzept der Winterthurer Frühförderung befürwortet und den Kredit des Stadtrates im letzten Juni unterstützt. Das Winterthurer Frühförderungskonzept setzt auf Freiwilligkeit und auf spielerisches Lernen. Es baut auf Bestehendem und Bewährtem auf. Das vorliegende Postulat setzt dagegen auf ein selektives Obligatorium mit dem Ziel der Chancengleichheit. Alle Kinder sollen ihre Kindergarten- und Schulkarriere mit ausreichenden Deutschkenntnissen starten können. Mit diesem Ziel ist die SP einverstanden. Auch das Winterthurer Konzept der Frühförderung beinhaltet den positiven Effekt des Deutschlernens. Dass das Konzept aber auf spielerisches Lernen anstatt auf Unterricht für Vorschulkinder setzt, hat seine Gründe. Das Konzept ist professionell und mit viel Fachkenntnis erarbeitet worden. Ob das Basler Konzept besser ist, dazu setzt die SP ein Fragezeichen. Die SP unterstützt das Postulat trotzdem, weil sie sich eine weitere Unterstützung der Frühförderung erhofft. Gleichzeitig hofft sie, dass sich die FDP, der Stadtrat und weitere Parteien die Frühförderung einsetzen werden. Die Vision der FDP, dass alle Kinder die gleichen Chancen beim Schuleintritt haben sollen, teilt die SP. Es ist zu hoffen, dass gemeinsam an dieser Vision gearbeitet werden kann. Das kostet aber Geld. Die SP ist gespannt wie hoch die Kosten für diese Frühförderung sein werden. Die SP ist für einen effizienten Mitteleinsatz. Das derzeitige Frühförderungskonzept hat den Nachteil, dass nicht in allen Quartieren ein entsprechendes Angebot besteht. Die SP hat einen Antrag gestellt, das zu ändern. Leider hat die Mehrheit im Rat den Antrag abgelehnt. Es gibt heute sozial benachteiligte und fremdsprachige Familien, die freiwillig bereit wären die Kinder an dieser Frühförderung teilnehmen zu lassen, aber keinen Zugang haben, weil das Angebot fehlt. Die SP hofft, dass ein sinnvoller und effizienter Ausbau der Frühförderung stattfindet.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats. Sie teilt die Hoffnung der SP, dass die Umsetzung dieses Postulats stark an die bereits bestehende Frühförderung anknüpft und dadurch weniger Kosten entstehen. Zudem müssen geeignete Selektionskriterien gefunden werden für ein Obligatorium. Die CVP glaubt, dass der neue FDP Stadtrat sicherstellen kann, dass die Umsetzung in einem akzeptablen Rahmen stattfinden wird. Aus diesen Gründen unterstützt die CVP-Fraktion die Überweisung des Postulats.

M. Läderach (EVP/EDU/GLP) war überzeugt, dass das Traktandum 14 als letztes Traktandum an dieser Sitzung behandelt wird. Die Streichung von zwei Traktanden hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er ist dem Rat aber dankbar, dass er als scheidender Gemeinderat ein letztes Votum halten kann. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag. Die Frühförderung ist ein entscheidendes Instrument für die Integration. Deshalb hat die EVP/EDU/GLP-Fraktion das Frühförderungskonzept unterstützt. Aber im Postulat steht, „Frühförderungselement Deutsch“. Aber Deutsch ist Deutsch und in Winterthur wird Mundart gesprochen. Ein Faktor zur Integration ist Mundart. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion befürwortet die Integration in Mundart und nicht in der Standardsprache. Diese lernen die Kinder in der Schule. Die Schweizer Kinder, wie auch die Kinder mit Migrationshintergrund müssen die Fremdsprache Hochdeutsch in der Schule lernen. Mit den Kindern, die eine Frühförderung oder den Kindergarten besuchen, wird Mundart gesprochen. Das Integrationselement ist die Sprache und unsere Sprache ist Mundart. Ein Kind lernt innerhalb eines halben Jahres eine Sprache. Die Probleme liegen bei den Erwachsenen. Da muss die Stadt einhaken und Lernmöglichkeiten anbieten. Das macht die Stadt auch. Frühförderungselemente für Kinder sind genügend vorhanden. Die Förderung der sprachlichen Fähigkeiten der Erwachsenen ist wichtig. An jeder Ratssitzung werden Einbürgerungsgesuche zurückgestellt, aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse. Hier muss die Integration gefördert werden. Für Kinder sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten genügend Angebote vorhanden. Würde die Stadt über bessere finanzielle Möglichkeiten verfügen, könnten neue Programme ins Leben gerufen und Gelder gesprochen werden. Das wäre vorteilhaft. In diesem Sinn

muss Die EVP/EDU/GLP-Fraktion leider das Postulat zur Ablehnung vorschlagen. M. Läderach dankt den Ratsmitgliedern, dass sie ihm zugehört haben. Er bedankt sich auch für das Jahr im Rat. Es hat ihm gefallen. Der Abschied fällt ihm nicht leicht.

St. Nyffeler (SVP) fordert die Postulantin auf, wenn die ersten Kinder die Frühförderung nicht besuchen und deshalb geholt und zur Teilnahme gezwungen werden müssen, an vorderster Front dabei zu sein. Im Postulat ist ausschliesslich von sprachlichen Defiziten die Rede, es wird aber auch andere Defizite geben. Man könnte also eine Wunschliste erstellen, welche Kinder ebenfalls in die Frühförderung einbezogen werden sollen. In den Voten wurde die Erwartung formuliert, dass der neue Stadtrat diese Forderung durchsetzen soll. Was ist, wenn die Finanzministerin aus der gleichen Partei erklärt, dass kein Geld vorhanden ist? Wie sollen diese Forderungen dann durchgesetzt werden?

Stadträtin P. Pedergnana wehrt sich nicht gegen die Überweisung des Postulats. Es beinhaltet die Möglichkeit sich mit der Frühförderung auseinanderzusetzen. Die Sprache hat in der Frühförderung ein hoher Stellenwert. Es gibt aber auch andere Aspekte, die wichtig sind – zum Beispiel die Konzentrationsfähigkeit oder die Fähigkeit sich in eine Gruppe zu integrieren etc. In einem Punkt möchte die Stadträtin M. Läderach eine Ergänzung mit auf den Weg geben. Es ist so, dass Kinder sehr rasch eine einfache Sprache erwerben. In der Sprachtheorie wird aber zwischen einem einfachen und einem höheren Niveau unterschieden. Die Kinder sollen so schnell wie möglich ein höheres Niveau erreichen. Sprache ist komplexer als man denkt und die Sprache ist für die Integration sehr wichtig. Die Gelegenheit, die dieses Postulat bietet, sollte genutzt werden. Stadträtin P. Pedergnana dankt für die Überweisung des Postulates.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat stimmt mit offensichtlicher Mehrheit für die Überweisung an den Stadtrat.

Ratspräsidentin Y. Beutler bedankt sich, dass die Ratsmitglieder während der Anwesenheit der Auszubildenden auf das Lesen von Zeitungen verzichtet haben.

Die Traktandierung wird an der nächsten Sitzung vom üblichen Vorgehen abweichen. Als erstes werden nach den stadträtlichen Geschäften die Vorstösse der Ratsmitglieder behandelt, die in der nächsten Legislatur nicht mehr im Rat sein werden, damit sie ihre Vorstösse noch selber vertreten können.

Statistik: Eingegangene Vorstösse 5, erledigte Geschäfte 15. Das ergibt ein Minus von 10 Geschäften.

Bürgerrechtsgeschäfte

H. Iseli (EVP/EDU/GLP), persönliche Erklärung dankt den Mitgliedern der Bürgerrechtskommission. Die Kommission hatte zum Teil schwierige Geschäfte zu behandeln, das führte oft zu Meinungsverschiedenheiten. Die Kommissionsmitglieder konnten die Einbürgerungsgeschäfte immer sachlich und korrekt durchführen. Für die Unterstützung durch Stadtschreiber M. Bernhard ist H. Iseli sehr dankbar, wie auch für die der Protokollführerin. Er dankt auch allen ehemaligen Kommissionsmitgliedern. Die Zusammenarbeit war angenehm. In den 4 Jahren hat es keine Komplikationen gegeben, auch dafür ist H. Iseli dankbar.

1. B2008/232: Muji Irjad, geb. 1981, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

H. Iseli (EDU): Die Bürgerrechtskommission stellt einen Ablehnungsantrag. Der Gesuchsteller hat zweimal unentschuldigt gefehlt. Nach dem ersten unentschuldigtem Fernbleiben wurde er per Einschreiben erneut eingeladen. Im Schreiben wurde dem Gesuchsteller erklärt, dass ein weiteres unentschuldigtes Fernbleiben ein Gesuch auf Ablehnung zur Folge haben wird. Das hat ihn offenbar nicht beeindruckt. Er ist zum Termin nicht erschienen. Aus diesem Grund beantragt die Bürgerrechtskommission die Ablehnung des Gesuchs. Der Gesuchsteller kann erneut ein Gesuch einreichen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) zu und beschliesst die Ablehnung des Gesuchs

2. B2009/033: Jovanovic Nenad, geb. 1974 und Ehefrau Jovanovic geb. Pavic Verica, geb. 1975, mit Kindern Andjela, geb. 1998 und Jovana, geb. 2001, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

3. B2009/092: Colicchio geb. Todisco Maria Gerarda, geb. 1956, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. B2009/171: Qehaja Amdija, geb. 1964 und Ehefrau Qehaja geb. Zuli Sejrija, geb. 1961, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

5. B2009/183: Bushra Ahmad geb. Bushra Maryam, geb. 1971, mit Kind Ahmad Rahat Lucky, geb. 2005, pakistanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2009/184, Osmani Baki, geb. 1956, mazedonischer Staatsangehöriger

P. Dennler (SP): Der Gesuchsteller hatte ein totales Blackout. Sein Sohn ist seit Monaten schwer krank. Weil er die Anforderungen an das Wissen nicht erfüllt hat, beantragt die Kom-

mission einstimmig die Rückstellung um ein halbes Jahr. Die Kommissionsmitglieder wünschen dem Sohn von Herrn Osmani gute Besserung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

7. B2009/191: Afra geb. Hamdan Houda, geb. 1975, libanesische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2009/192: Ahmeti Rabit, geb. 1957 und Ehefrau Ahmeti geb. Nevzadi Dzemilje, geb. 1963, mit Kindern Feriha, geb. 1993 und Agon, geb. 1999, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Die Bürgerrechtskommission beantragt die Teilung des Gesuchs.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme von Rabit, Feriah und Agon Ahmeti ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

B. Dubocher (Grüne): Es war nicht möglich ein Gespräch mit Frau Ahmeti zu führen, weil sie zu wenig Deutsch verstanden hat. Aus diesem Grund hat die Kommission entschieden das Gesuch zu teilen. Die Gesuchsteller haben sich ebenfalls für die Teilung des Gesuchs entschieden.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung von Dzemilje Ahmeti um 1 Jahr.

9. B2009/194: Alic Seid, geb. 1995, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2009/195: Ayalp Mehmet Emin, geb. 1978, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2009/196: Centoducato geb. Paredes Monar Nelly del Rocio, geb. 1973, ecuadorianische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2009/197: Contuzzi Bartolomeo, geb. 1964, italienischer Staatsangehöriger

M. Stutz (SD): Herr Contuzzi versteht kaum Deutsch und konnte dadurch die Fragen auch nicht beantworten. M. Stutz bittet die Ratsmitglieder, die Rückstellung zu unterstützen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:1 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

13. B2009/198: Enjergholi geb. Papazian Nadia, geb. 1959, amerikanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2009/199: Fazliji Menduri, geb. 1969 und Ehefrau Fazliji geb. Fejzi Nuran, geb. 1967, mazedonische Staatsangehörige

U. Brügger (FDP): Die beiden Ehepartner verfügten nicht über genügend Wissen. Die Sprachkenntnisse waren aber genügend. Speziell an diesem Antrag war, dass die Ehefrau praktisch keine Antwort geben konnte auf die Fragen. Sie hat geltend gemacht, dass sie aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage war zu lernen. Sie hat aber kein Arztzeugnis vorgelegt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

15. B2009/200: Ferizaj Bajram, geb. 1997, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2009/201: Mazrekaj Plarimanda, geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2009/202: Mazrekaj Rexhep, geb. 1995, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2009/203: Shabani Blerim, geb. 1963 und Ehefrau Shabani geb. Popova Vjollca, geb. 1967, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2009/204: Sopi Bashkim, geb. 1979, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2009/205: Bouguerra Hichem, geb. 1969 und Ehefrau Bedoui Zohra, geb. 1969, mit Kindern Bouguerra Yameen, geb. 2003, Bouguerra Emena, geb. 2005 und Bouguerra Ahmed, geb. 2007, tunesische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2009/206: Bröhm Verena, geb. 1969, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2009/207: Gashi geb. Zuka Selvija, geb. 1979, kosovarische Staatsangehörige und Ehemann Gashi Burim, geb. 1972, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, mit Kindern Elsa, geb. 1997, Spartina, geb. 1998, Eriona, geb. 2000, Flandra, geb. 2005 und Dijar, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2009/208: Halili geb. Tahiri Bukurije, geb. 1981, mit Kind Ermond, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2009/209: Partalova geb. Sarafimova Suzana, geb. 1967, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2009/210: Zeller Josef, geb. 1960 und Ehefrau Zeller geb. Dumont Doris Cäcilia, geb. 1962, mit Kind Jonas, geb. 1996, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2009/211: Zivkovic Zdenka, geb. 1969, kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2009/212: Busovsky Marian, geb. 1975, slowakischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2009/214: Grassi geb. Güvenli Asiye Mújkan, geb. 1957, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

29. B2009/215: Haljiti geb. Azemi Esrefe, geb. 1974, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

30. B2009/216: Iseni Serif, geb. 1974, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

31. B2009/217: Panchadcharam Shanmugathan, geb. 1966 und Ehefrau Shanmugathan geb. Selvarajah Sathiyavani, geb. 1974, mit Kind Shanmugathan Sharuka, geb. 2002, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

32. B2009/218: Sadasivam Rajakumar, geb. 1963 und Ehefrau Rajakumar geb. Sinnathamby Srivasanthavey, geb. 1967, mit Kindern Rajakumar Ajeevana, geb. 1999 und Rajakumar Ajithan, geb. 2001, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

33. B2009/219: Yentar Hebun Lokman, geb. 1996, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

34. B2009/220: Akinci Mehmet Güven, geb. 1971, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

35. B2009/221: Akkus Hasan, geb. 1954 und Ehefrau Akkus geb. Atesin Gülseren, geb. 1957, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

36. B2009/222: Berisha geb. Zheli Leonora, geb. 1979, mit Kind Rejhane, geb. 1998, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

37. B2009/223: de Gouveia Freitas Rui Alberto, geb. 1962 und Ehefrau de Abreu Freitas geb. de Abreu Rosa Maria, geb. 1965, mit Kind de Abreu Freitas Leticia, geb. 1994, portugiesische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

38. B2009/224: Mena geb. Kaleci Luljeta, geb. 1972 und Ehemann Mena Sabri, geb. 1969, mit Kindern Ardelina, geb. 2002 und Erjona, geb. 2003, mazedonische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif.

39. B2009/225: Pérez Cortes Francisca Eva, geb. 1976, spanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

40. B2009/239: Uvalic Almedin, geb. 1995, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin Y. Beutler gratuliert allen Gesuchstellenden, die ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen worden sind und wünscht ihnen weiterhin viel Erfolg auf dem Weg zum Schweizer Bürgerrecht.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

D. Schraft (Grüne)